Nr. 102. – 33. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 12. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 151 90—151 97.

Die Zukunft unserer Nahrungsmittel-Versorgung.

Es ist heute eine Erfahrungstatsache, daß das ernährungswirtschaftliche Durchhalten für Deutschland nur möglich ist in Verbindung mit einer allgemeinen Senkung des Ernährungsniveaus. Das hat auch der Reichskanzler anerkannt, als er am 5. April im Reichstage davon sprach, „daß das deutsche Volk über eine gewaltige moralische Reserve verfügt, die es befähigt, die in den letzten Jahrzehnten stark gestiegene Lebenshaltung einzuschränken".

Angesichts dieser Tatsache ist es allmählich sehr still geworden von dem anfangs oft — auch von sozialdemokratischen Schriftstellern manchmal — gehörten und mit einem Lob der Schutzzollpolitik verbundenen Gerede von der „Selbstversorgung" Deutschlands mit landwirtschaftlichen Produkten. Man darf heute wieder, ohne viel Widerspruch zu finden, von der Abhängigkeit der deutschen Nahrungsmittelversorgung von ausländischen Lieferungen reden. Eine genaue Aufhellung dieses Abhängigkeitsverhältnisses wird sogar für dringend erachtet. Auf der einen Seite möchte man mit dem Resultat allerlei phantastische Kriegszielgelüste motivieren. Auf der anderen Seite kommt in dem gleichen Verlangen die Absicht zum Ausdruck, auf die Notwendigkeit weitreichender weltwirtschaftlicher Beziehungen nach dem Kriege und damit auf die weitere Notwendigkeit hinzuweisen, alles zu vermeiden, was die Wiederanknüpfung solcher Beziehungen erschweren könnte.

Beide Teile werden mit Interesse das Ergebnis einer Untersuchung dieses Abhängigkeitsverhältnisses erfahren, die Dr. A. Schulte im Hofe im „Tropenpflanzer" angestellt hat. („Die Welterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen und die Versorgung Deutschlands in der Vergangenheit und Zukunft", Beiheft 1—2 zum „Tropenpflanzer", Februar 1916. Auch separat.) Nach seinen Ausführungen ergibt sich das folgende Bild der deutschen Nahrungsmittelversorgung und ihrer zukünftigen Gestaltung.

Von 1893 bis 1913 ist in Deutschland die Anbaufläche für Brotgetreide (Roggen und Weizen) um 3 Proz., die Erntemenge aber um 34 Proz. gewachsen. Es ist durch diese Ertragssteigerung gelungen, Deutschland unabhängiger zu machen vom Auslande. Schon seit Jahren ist nur noch die Weizeneinfuhr von Belang. Für diese Weizenmengen könnte in Deutschland nur durch vermehrten Roggenanbau Ersatz geschaffen werden. Und zwar wären dafür — den Hektarertrag von 1913 zugrunde gelegt — 440 000 Hektar = 6,9 Proz. der Anbaufläche nötig.

Hülsenfrüchte und Buchweizen werden in Deutschland seit Jahren in immer geringerem Maße angebaut. Hülsenfrüchte lieferte uns das Ausland 1893 für 9½ Millionen, 1913 für 33 Millionen Mark. Der weitaus größte Teil kam aus Rußland und Britisch-Indien. Die Reineinfuhr von Buchweizen betrug 1893: 217 000 Doppelzenter, 1913: 2,7 Millionen Doppelzentner. Rußland war 1913 Hauptlieferant. Um diese Mengen in Deutschland anzubauen, wären 1913: 225 000 Hektar und 34 000 Hektar nötig gewesen.

Bei einem Produktionswert der inländischen Erzeugung von schätzungsweise 500 Millionen Mark wurden 1913 für 43½ Mill. Mark „Küchengewächse" (Gemüse usw.) eingeführt. 1893 erst für 9,4 Millionen Mark. Haupteinfuhrländer waren 1913 die Niederlande, Frankreich, Italien und Belgien. — Der Wert des Einfuhrüberschusses von Obst (außer Südfrüchten) war 1893: 22,4 Millionen, 1913: 133 Millionen Mark. Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten waren 1913 die größten Lieferanten. Der Anbau dieser Einführungen in Deutschland würde 150 000 Hektar erfordern.

Wein lieferte uns das Ausland (1913 hauptsächlich Frankreich und Spanien) mehr als wir ausführten: 1893 für 23½ Millionen und 1913 für 48¼ Millionen Mark. — „Deutschlands Tabakernte entspricht heute nur noch einem Viertel des Verbrauchs, wohingegen sie vor 20 Jahren noch 40 Proz. ausmachte."

In ständig steigendem Maße sind in den letzten Jahren ausländische Pflanzenfette und -öle in den deutschen Verbrauch eingegangen. Der Einfuhrüberschuß zur Herstellung dieser Fette und Oele, soweit er für die menschliche Ernährung verwendet wurde, hatte 1913 einen Wert von 103 Millionen Mark. Wollte man diese Fette und Oele — höchst unvollkommen — aus deutscher Produktion erzielen, so müßten 180 000 Hektar mit Raps und Rübsen bepflanzt werden.

Zu diesen Nahrungsmitteln, die theoretisch in Deutschland gezogen werden könnten, kommen noch einige andere, die nur in außerdeutschen Gebieten angepflanzt werden können. In erster Linie ist da der Reis zu nennen. Wir erhielten von diesem wichtigen Volksnahrungsmittel 1913 für 25½ Millionen, 1913 für 66½ Millionenn Mark hauptsächlich aus Britisch-Indien. Gewürze wurden 1893 für 4,2 Millionen und 1913 für 15,7 Millionen Mark eingeführt. Sie wurden in der Hauptsache geliefert von Britisch-Südasien, Niederländisch-Indien, Britisch-Ostafrika und von französischen Kolonien. Der Einfuhrüberschuß von Südfrüchten stieg von 22 Millionen Mark in 1893 auf rund 100 Millionen Mark in 1913. Hauptlieferanten waren 1913: Spanien und Italien.

Der Einfuhrüberschuß von Kaffee, Kakao und Tee stieg von 1893 bis 1913 dem Werte nach (in abgerundeten Zahlen): Kaffee von 214 auf 219 Millionen (in dieser geringen Steigerung kommt die gewaltige Verbilligung des Kaffees zum Ausdruck), Kakao von 12 auf 67 Millionen und Tee von 5 auf 8 Millionen. Den Kaffee lieferte 1913 hauptsächlich Südamerika. Den Kakao bezogen wir zum größten Teil von englischen und portugiesischen Kolonien und von Südamerika. Tee sandten uns China und englische und niederländische Kolonien. In den deutschen Kolonien waren 1913 unter Kultur: 17 500 Hektar mit Kakao und 1600 Hektar mit Kaffee. Wenn sie den deutschen Bedarf befriedigen wollten, so müßten sie insgesamt 428 000 Hektar unter Kultur haben.

Zusammenfassend ist über die Versorgung mit Nahrungs- und Genußmitteln aus dem Pflanzenreich zu sagen: Die im Inlande erzeugten Produkte hatten einen ungefähren Wert von: 1893 4,6 Milliarden, 1913 6,6 Milliarden Mark. Der Einfuhrüberschuß solcher Produkte hatte 1893 einen Wert von 304 Millionen, 1913 von 846 Millionen Mark. Während er 1893 erst 7 Proz. des Wertes der inländischen Produktion ausmachte, betrug sein Anteil 1913 schon 13 Proz.

Die deutsche Viehhaltung und Fleischproduktion haben in den letzten zwanzig Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen. Trotzdem mußten auch 1913 noch erhebliche Vieh- und Fleischmengen aus dem Auslande eingeführt werden. Um die notwendigen Fleischmengen liefern zu können, hätten die Rindviehherden um 879 000 Stück = 4,3 Proz., die Schweinebestände um 396 000 Stück = 1,8 Proz. größer sein müssen. Hauptbezugsquellen waren für Rindvieh Dänemark und Oesterreich-Ungarn, für Schweine Rußland. Hauptlieferanten für Fleisch waren 1913 Dänemark, Holland und Rußland, für Geflügel Rußland und Oesterreich-Ungarn, für Fette und Schmalz die Vereinigten Staaten und Argentinien.

Um die Reineinfuhr von Milch, Rahm und Butter im Inlande gewinnen zu können, hätten unsere Rindviehherden um 16 Proz. größer sein müssen. Unsere Hühnerbestände zur Deckung des gesamten Eierbedarfs sogar um 50 Proz. Die Einfuhrmengen lieferten hauptsächlich Rußland, Oesterreich-Ungarn, Holland und Dänemark.

Insgesamt betrug der Wert der Fleisch-, Fett-, Milch- und Eier-Reineinfuhr 1893 8,1 Proz., 1913 10,3 Proz. des Wertes der Gesamterzeugnisse der heimischen Viehzucht.

Außer dieser direkten Abhängigkeit vom Auslande besteht aber auch noch eine indirekte Abhängigkeit durch den Bezug von Futtermitteln aus dem Auslande. Die Reineinfuhr von Futtermitteln (soweit sie der Viehhaltung diente) stammte 1893 von 11,4 Proz., 1913 von 16,5 Proz. der gesamten in Deutschland für die Viehversorgung in Anspruch genommenen Landfläche. Insgesamt handelte es sich um Mengen im Werte von: 1893 314 Millionen und 1913 992 Millionen Mark. Diese Futtermittel lieferten uns in der Hauptsache: Rußland, Argentinien, Britisch-Indien, Britisch-Afrika, die Vereinigten Staaten, China, Niederländisch-Indien und Aegypten.

Deutschland ist also trotz der gewaltig gestiegenen eigenen Produktion in der Versorgung mit Nahrungs- und Genußmitteln in eine zunehmende Abhängigkeit vom Auslande geraten. Gleichzeitig ist aber auch in der Versorgung mit industriellen Rohstoffen aus dem Tier- und Pflanzenreich eine entschiedene Verschiebung eingetreten derart, daß wir heute „bei dem weitaus größten Teil der Rohstoffe auf das Ausland angewiesen" sind.

Diese zunehmende Abhängigkeit ist nicht nur dadurch entstanden, daß Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel, die nur im Auslande erzeugt werden können, in großen Mengen verbraucht werden, sondern auch dadurch, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage gewesen ist, den ganzen Bedarf an Produkten einheimischer Nutzpflanzen für Mensch und Vieh zu decken. Es ist ausgeschlossen, daß die deutsche Landwirtschaft dazu in Zukunft in der Lage sein wird. Alle Tatsachen weisen im Gegenteil darauf hin: wir brauchen auch in Zukunft — und zwar in steigendem Maße — das Ausland, um unseren Bedarf an Nahrungs- und Genußmitteln zu decken.

Meine Antwort an Genossen Kautsky.

Von Philipp Scheidemann.

Genosse Kautsky erinnert im „Vorwärts" vom 11. April daran, daß er mich vor einiger Zeit gefragt habe, wer mein Gewährsmann für die von der „Humanité" bestrittenen Aeußerungen Sembats sei. Darauf erwidere ich:

1. Die „Humanité" hat die betreffenden Aeußerungen, soweit ich habe feststellen können, überhaupt nicht bestritten. Sembat selbst hat sie ebensowenig in Abrede gestellt. „Bestritten", d. h. von oben herunter behandelt hat sie in der „Humanité" meines Wissens nur Homo-Grumbach in seinen Korrespondenzen aus der Schweiz. Diese Bestreitung durch Homo kann ich als ein Dementi der „Humanité" nicht gelten lassen.

2. Kautsky verlangt, daß ich meinen Gewährsmann nenne. Er weiß, oder könnte wissen, wer mein Gewährsmann ist, denn einer seiner intimen Freunde war zugegen, als die betreffende Mitteilung gemacht worden ist. Kautsky ist also in der Lage, sich bestätigen zu lassen, daß ich den Gewährsmann nicht nennen kann. Unmögliches soll er aber nicht verlangen.

Kautsky bestreitet dann weiter die Echtheit des von mir im Reichstage am 4. April zitierten Briefes, den Jaurès an Vandervelde geschrieben haben soll. Ich bin gezwungen, hier aus dem Stenogramm der Reichstagssitzung vom 6. April zunächst festzustellen, in welchem Zusammenhang ich den Brief zitiert habe:

Scheidemann: ... In Frankreich, mit dem ganz Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben wünschte und noch wünscht, wird immer noch von denen, die das Land in die Arme des Zaren getrieben haben, der Wahn verbreitet, daß wir „boches" aus dem Lande, das der Welt einen Goethe, einen Kant und einen Karl Marx geschenkt hat, aus reinem Vandalismus über die Grenze gezogen seien, um die französische Kultur mit Feuer und Schwert zu vernichten. Das Handwerk würde diesen Leuten bald gelegt sein, wenn in Frankreich bekannt wäre, was Jaurès zwei Tage vor seiner Ermordung, der „Braunschweigischen Landeszeitung" zufolge, an Vandervelde nach Belgien geschrieben hat. Ich will es Ihnen vorlesen:

> Die Lage muß und wird eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie nicht gern die serbische Sache als eine russische sähe. In der Macht der französischen Regierung läge es, Rußland am Kriege zu verhindern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber man sucht den Krieg, den man schon lange schürte. Unsere Sache darf nicht die russische sein. Wir dürfen unser Land nicht bluten lassen, um die Knutenherrschaft des weißen Zaren zu festigen. Europa würde von Asien verschlungen. Suchen Sie in Ihrem Wirkungskreis jede Steigerung des Kriegswahnsinns zu dämmen. Welche Interessen für Belgien auf dem Spiele stehen, wissen Sie. Aber diese Interessen können nur durch den Frieden gewahrt werden, aus dem sich kein Land, auch nicht durch die glänzendsten Versprechungen, herausreißen lassen soll. Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man führen will zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes, und weil die Börsen London und Paris auf Petersburg spekuliert haben. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! — Bewegung.)

Meine Herren, ich habe keine Ursache, daran zu zweifeln, daß das Schriftstück echt ist. — Es ist ganz der Geist Jaurès, der daraus spricht, — (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) das ist der Jaurès, wie wir ihn geachtet und geliebt haben.

Kautsky bezeichnet den Brief der „Braunschweigischen Landeszeitung" als „freche Fälschung", weil er im Widerspruch stehe mit einer Rede, die Jaurès am 30. Juli in Brüssel in Gegenwart Vandervelades gehalten habe. Daß das Datum des Briefes irrig ist, mag sein. Aber darauf kann der Vorwurf einer frechen Fälschung nicht begründet werden, denn Irrtümer in Datenangaben unterlaufen jedem einmal, der Briefe schreibt. Daß der Brief das Gegenteil dessen sagt, was Jaurès in Brüssel ausgeführt hat, kann ich auch nicht zugeben. Jaurès hat öffentlich u. a. gesagt: Er wisse, daß die französische Regierung „in dieser Stunde" den Frieden will und für den Frieden arbeite. In dem angeführten vertraulichen Brief an einen Freund heißt es: „Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege" usw. „Schädliche Kräfte" können sehr wohl Schlimmes beabsichtigen, ohne daß eine „Regierung" das Gleiche tut. Dafür können wir doch gerade aus jüngster Zeit die denkbar drastischsten Beispiele aus unserem eigenen Lande anführen. Will Kautsky vielleicht behaupten, daß „schädliche Kräfte" in Frankreich nicht tätig sein könnten? Aber weiter: steht der Brief denn im Widerspruch zu den Tatsachen, die wir aus Frankreich kennen? Durchaus nicht. Ich will einige Beispiele anführen:

Jaurès schrieb am 16. Oktober 1905 in der „Humanité":

> „Solange die Revanche in der französischen Politik als Möglichkeit gilt, werden französische Staatsmänner versucht sein, günstige Gelegenheiten zur Verwirklichung dieser Absicht auszunutzen und so lange wird auch bei anderen Völkern, die gegen Deutschland irgend eine feindliche Absicht haben, die Versuchung vorherrschen, diese dunkele überlebte Idee der Revanche auszubeuten, um eine antideutsche Koalition zu schmieden".

Im „Vorwärts" vom 9. Januar 1916 wurde über den Kongreß der Seine-Föderation, der am 19. Dezember 1915 stattgefunden hatte, berichtet. In diesem Bericht heißt es u. a.:

> „Ein sehr bemerkenswerter Zwischenfall ergab sich, als Flandette die alte Streitfrage zwischen Renaudel und Rappoport wieder aufs Tapet brachte und die von Rappoport Jaurès zugeschriebenen Aeußerungen bestritt. Mayéras bestätigte die Darstellung Rappoports und fügte hinzu, daß Jaurès am 31. Juli 1914, als Izwolski durch ein Zimmer im Ministerium des Aeußern hindurchschritt, wo er mit anderen sozialistischen Abgeordneten wartete, mit lauter Stimme gesagt habe: „Da geht der Schurke Izwolski, er hat den Krieg gewollt und hat ihn bekommen."

Ueber denselben Kongreß veröffentlicht der „Labor Leader" am 30. Dezember 1915 einen Bericht, in dem es u. a. heißt:

> „Longuet: Ist nicht die Tatsache, daß Jaurès am 31. Juli die Regierung auffordern mußte, einen mäßigenden Einfluß auf Rußland auszuüben, ein Beweis, daß die französischen Minister ihre Pflicht nicht taten?" Und schon in der Vorversammlung vom 5. Dezember hatte ein Delegierter geäußert, nach dem Friedensschluß müßte gegen Poincaré, Delcassé und Millerand wegen ihrer Verantwortung an der Herbeiführung des Krieges die Anklage auf Hochverrat erhoben werden."

Am 31. Juli 1914 machte Jaurès, so wurde in der „Humanité" versichert, „seine letzte höchste Anstrengung bei Herrn Viviani, tief bewegt die Regierung anflehend, in engem Verein mit England zu handeln und darüber zu wachen, daß Rußland keine Unvorsichtigkeiten begehe". (Zwei Stunden später war Jaurès tot.)

In einer schweizerischen Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung", die auf die in der „Humanité" abgedruckten Berichte über den Weihnachtskongreß der sozialistischen Partei Frankreichs Bezug nimmt, wurde gesagt:

„In jenem Augenblick, am Abend des 31. Juli, hatten die Russen die gefürchtete „Unvorsichtigkeit" schon begangen. Nach dem französischen Gelbbuch hat Viviani als Minister des Auswärtigen noch die englische Vermittelung empfohlen. (Rundschreiben an die Botschafter.) Von einer tatsächlichen Einwirkung auf die Russen, um die Mobilmachung hintanzuhalten, findet sich in den veröffentlichten amtlichen Schriftstücken keine Spur. Jaurès gegenüber hat Viviani die Versicherung gegeben, er hätte in diesem Sinne gewirkt. Im Laufe des Gesprächs fiel von seiten Vivianis, allerdings mit begleitendem Achselzucken, auch das Wort: „Ich habe getan, was ich konnte, was Poincaré getan hat, weiß ich nicht!"

Nicht ohne Interesse sind auch die folgenden Mitteilungen der „Frankfurter Zeitung" vom 22. August 1915:

„Am Abend des Nationalfestes vom 14. Juli hatte Poincaré mit dem Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern Viviani die Reise nach Rußland angetreten, von der er vierzehn Tage später mit der Kriegserklärung zurückkehrte. Aber schon vor seiner Abreise wußte man, daß die Regierung an Krieg dachte, denn Anfang Juli waren die zur Grenzdeckung bestimmten Truppen, die erst im Herbst 1913 zur Reserve entlassen worden waren, schon wieder nach ihren Garnisonen im Osten einberufen worden; den Abgeordneten, die sich deshalb beunruhigten, antwortete der Kriegsminister, es handle sich nur um Vorbereitungen zu den großen Manövern."

Der Erwähnung wert sind auch die Auseinandersetzungen zwischen den bekannten französischen Genossen Rappoport und Renaudel, die Kautsky natürlich bekannt sind. Ich kann hier nur wiederholen, was Rappoport wiederholt als „nackte Tatsachen" festgestellt hat:

1. „Jaurès betrachtete am 31. Juli 1914 den Botschafter Iswolski als Miturheber des bevorstehenden Krieges. 2. Jaurès erklärte an demselben Tage dem Unterstaatssekretär Herrn Abel Ferry gegenüber — der, beiläufig bemerkt, ein anständiger und friedlicher Demokrat ist —, daß er den Feldzug gegen den Krieg fortsetzen werde, worauf Abel Ferry dem Inhalte nach Jaurès warnend bemerkte: „Man wird Sie am ersten Straßenwinkel niederschießen". 3. Jaurès beabsichtigte schon am folgenden Tage (d. h. am 1. August), diesen Feldzug zu beginnen und eine Art „J'accuse" („Ich klage an") in der „Humanité" zu veröffentlichen. 4. Diese letztere Tatsache wurde in den reaktionären Kreisen bekannt. Der Tod von Jaurès erfolgte bekanntlich am Abend des 31. Juli 1914."

Im „Labor Leader vom 27. Januar 1916 wurde über den französischen Sozialistenkongreß berichtet, der vom 25. bis 29. Dezember 1915 in Paris stattgefunden hatte. Es wird u. a. folgende Szene geschildert:

„Pressemane, der Abgeordnete von Limoges, wandte sich gegen die Anhänger des „jusq'au bout" („Krieg bis ans Ende"). Er bestritt die Möglichkeit der Besiegung Deutschlands. Der Redner führte weiter aus: „Was die Verantwortlichkeit für diesen Krieg betrifft, so gibt es vorläufig kein genügendes und einwandfreies Material, das ein unparteiisches Urteil gestatten würde. Ich glaube auch nicht, daß das Gelbbuch immer authentische Mitteilungen enthalte. Es wäre wünschenswert, wenn die französischen Genossen die belgischen Dokumente lästen, die die deutsche Regierung aus den gefundenen belgischen Archiven veröffentlicht hat. Ich habe hier ein Exemplar und bitte mir zu gestatten, einiges daraus zu verlesen." (Stürmische Unruhe. Moutet, Abgeordneter von Lyon, sowie Renaudel widersetzen sich heftig der Verlesung.) Pressemane fuhr sodann fort: „Die Unruhe, die meine Worte bei den Regierungsanhängern verursachte, beweist, daß diese die Wichtigkeit der belgischen Dokumente erkennen. . . ."

Aus den „belgischen Dokumenten" geht bekanntlich nicht nur hervor, wie sehr Belgien sich in Abhängigkeit von England und Frankreich befunden hat, sie weisen auch unanfechtbar nach, wie die Tripleentente seit Jahren ganz zielklar auf die Einkreisung Deutschlands hingearbeitet hat. —

Nach alledem verstehe ich nicht, wie Kautsky mit so großer Bestimmtheit von einer Fälschung in der „Braunschweigischen Landeszeitung" sprechen und mir den Vorwurf machen kann, französischen Zitaten gegenüber eine zu große Leichtgläubigkeit zu entwickeln. Es ist mir gänzlich unerfindlich, warum Jaurès den Brief nicht geschrieben haben soll. Etwa deshalb nicht, weil er von der französischen Regierung sagt, es läge in ihrer Macht, Rußland am Kriege zu verhindern? Warum sollte er das nicht geschrieben haben? Weil es im Widerspruch stände mit seinen Ausführungen in Brüssel? Das bestreite ich. Er kann sehr wohl überzeugt gewesen sein, daß die französische Regierung für den Frieden arbeite in Gemeinschaft mit der „bewunderungswürdigen englischen Regierung", daß sie „Rußland Ratschläge im Sinne der Klugheit und Geduld" gegeben, aber trotzdem nicht das Entscheidende getan habe, nämlich zu erklären, daß Frankreich nicht mitmache! Hätte sie das getan, dann würde Rußland nicht mobil gemacht haben und der Krieg wäre wahrscheinlich verhütet worden.

Es wird niemand von mir verlangen, daß ich unsere Regierung für „bewunderungswürdig" halte. Aber daß ich ausgerechnet auf die von Kautsky zitierten Worte schwören soll:

„Die französische Regierung ist der beste Friedensalliierte der bewunderungswürdigen englischen Regierung", —

ach nein, dazu fühle ich mich nicht stark genug. Trotzdem glaube ich Jaurès, diesen großen und ehrlichen Friedensfreund, zu verstehen, der den Satz geprägt hat:

„Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stünde dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern."

Kautsky und seine engeren Freunde verstehe ich leider jetzt nicht.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. April. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Montagnachmittag. Westlich der Maas ging das Bombardement im Laufe der Nacht heftig weiter. Es richtete sich im besonderen gegen die Höhe 304. Der gestern vom Feinde gegen Tagesende gegen den Toten Mann unternommene Angriff, der in seiner Gesamtheit mit bedeutenden Verlusten für den Feind abgeschlagen wurde, gestattete den Deutschen auf einer Länge von ungefähr 500 Metern in einen vorgeschobenen Schützengraben der Höhe 295 einzudringen. Wir machten etwa 100 Gefangene. Oestlich der Maas wurde im Laufe der Nacht sehr lebhaft in dem kleinen Gehölz von Fontaine St. Martin östlich Vachérauville gekämpft. Wir machten in den feindlichen Verbindungsgräben südlich des Dorfes Douaumont Fortschritte. In der Woevre Bombardement der Dörfer am Fuß der Maashöhen. Es bestätigt sich, daß am 9. April in der Gegend von Verdun seitens des Feindes ein erster großer und allgemeiner Offensivversuch unternommen wurde, der sich auf eine Front von über 20 Kilometer erstreckte. Der Gegner, der kein greifbares Ergebnis erreicht hat, vor allem nicht im Verhältnis zu den gemachten Anstrengungen, hat Verluste erlitten, von denen die vor den Linien angehäuften Leichen zeugen. Von der übrigen Front ist nichts von Bedeutung zu melden.

Paris, 11. April. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Montag abend. In der Gegend von Noye wurde eine starke feindliche Erkundungsabteilung durch unser Feuer zerstört, bevor sie unsere Drahtverhaue erreicht hatte. Nördlich von Andechy in den Argonnen richtete unsere Artillerie an deutschen Anlagen ernstlichen Schaden an. Nördlich von La Harazée beschossen wir mit unserer Artillerie energisch den vom Feinde besetzten Teil des Waldes von Avocourt. Westlich der Maas dauerte die Beschießung im Laufe des Tages mit wachsender Heftigkeit an. Gegen mittag richteten die Deutschen gegen unsere Stellungen südlich des Forgesbaches einen Angriff, der aus der Gegend von Haucourt—Béthincourt hervorbrach. Trotz der Heftigkeit der Anstürme, die dem Feinde sehr ernste Verluste kosteten, hat sich unsere Linie in ihrer Gesamtheit nicht vom Platze gerührt. An unserer Front Toter Mann — Cumières wurden Angriffsversuche, die einer kräftigen Artillerievorbereitung folgten, durch unser Sperrfeuer zum Stehen gebracht. Oestlich der Maas sehr heftige Beschießung des Pfefferrückens. Der Feind griff am Ende des Tages wiederholt unsere Stellungen im Caillettewalde an, wurde jedoch überall zurückgeworfen. In der Woevre ziemlich große Artillerietätigkeit. An der übrigen Front war der Tag verhältnismäßig ruhig.

Luftkampf. Am 8. April brachte einer unserer Flieger in der Gegend von Verdun im Verlaufe eines Luftkampfes einen Folker zum Absturz, der in unsere Linien bei Eônes niederfiel. Am 9. April wurde ein anderer Folker durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze heruntergeschossen. Das Flugzeug fiel in der Woevre in die deutschen Linien nieder. Ein dritter Folker landete in unseren Linien in der Champagne. Das Flugzeug ist unbeschädigt, der Flieger wurde gefangengenommen. Heute nachmittag überflog ein deutscher Flieger Nancy und warf zwei Bomben ab, die keinen bedeutenden Sachschaden anrichteten.

Belgischer Bericht. Im Laufe der Nacht wurde eine deutsche Abteilung, der es gelungen war, sich eines belgischen Horchpostens südlich von St. George zu bemächtigen, sogleich durch einen Gegenangriff zurückgeworfen und ließ neun Leichname auf dem Felde liegen. Während des Tages war die Artillerie ziemlich lebhaft, besonders in der Nähe von Dixmuiden und südlich davon.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. April 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nach mehrfacher erheblicher Steigerung ihres Artilleriefeuers setzten die Engländer südlich von St. Eloi nachts einen starken Handgranatenangriff an, der vor unserer Trichterstellung scheiterte. Die Stellung ist in ihrer ganzen Ausdehnung fest in unserer Hand.

In den Argonnen bei La Fille Morte und weiter östlich bei Vauquois fügten die Franzosen durch mehrere Sprengungen nur sich selbst Schaden zu.

Im Kampfgelände beiderseits der Maas war auch gestern die Gefechtstätigkeit sehr lebhaft. Gegenangriffe gegen die von uns genommenen französischen Stellungen südlich des Forges-Baches zwischen Haucourt und Béthincourt brachen verlustreich für den Gegner zusammen. Die Zahl der unverwundeten Gefangenen ist hier um 22 Offiziere 549 Mann auf 36 Offiziere 1231 Mann, die Beute auf 2 Geschütze 22 Maschinengewehre gestiegen.

Bei der Fortnahme weiterer Blockhäuser südlich des Nabenwaldes wurden heute nacht 222 Gefangene und ein Maschinengewehr eingebracht. Gegenstöße aus Richtung Chattancourt blieben in unserem wirksamen Flankenfeuer vom Ostufer her liegen.

Rechts der Maas versuchte der Feind vergebens, den am Südwestrande des Pfefferrückens verlorenen Boden wiederzugewinnen. Südwestlich der Feste Douaumont mußte er uns weitere Verteidigungsanlagen überlassen, aus denen wir einige Dutzend Gefangene und drei Maschinengewehre zurückbrachten.

Durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze wurden zwei feindliche Flugzeuge südöstlich von Ypern heruntergeholt.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 11. April. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Artilleriefeuer nahm gestern in einzelnen Frontabschnitten an Lebhaftigkeit zu. Der Feind beschoß planmäßig die Ortschaften hinter unserer Front; so standen im Küstenland Duino, der Südteil von Görz, das Spital von St. Peter und mehrere andere Orte im Görzischen, in Kärnten St. Kathrein und Uggowitz (im Kanal-Tal), in Tirol Levico und Rovereto unter schwerem Feuer. Die Kämpfe bei Riva dauern fort.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Petersburg, 11. April. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 10. April:

Westfront: Längs der Düna Artillerie- und Gewehrfeuer. In vielen Unterabschnitten versuchten die Deutschen ihre Stellungen auszubessern und das Wasser daraus abzuleiten, unser Feuer zwang sie jedoch, die Arbeiten einzustellen. Deutsche Flugzeuge warfen bei dem Bahnhof Römershof und bei Dünaburg Bomben ab. Nordöstlich vom Wiszniew-See entwickelte die feindliche Artillerie eine lebhafte Tätigkeit. Am Oginski-Kanal warfen feindliche Flieger in unseren Linien Bomben ab. Bei dem Dorfe Komora (25 Kilometer) südwestlich von Pinsk kamen deutsche Abteilungen in Booten an unsere Stellungen heran, wurden aber durch unser Feuer zur Umkehr gezwungen. An der unteren Strypa nahmen wir einen feindlichen Graben und machten einige Gefangene.

Kaukasus: In der Richtung auf Baiburt (75 Kilometer südöstlich von Trapezunt) vorgehend, warfen unsere Truppen die Türken von einigen Berggruppen und gehen erfolgreich weiter vor. Gegenangriffsversuche des Feindes blieben gänzlich fruchtlos, er hatte in unserem Feuer schwere Verluste. Unsere Truppen müssen den Angriff im tiefen Schnee vortragen und zahlreiche Gletscherspalten überwinden. Im Vorgehen auf Diarbekr warfen wir feindliche Kräfte im Tale von Gornukow (?). Bei Bitlis wiesen wir mehrere türkische Angriffe ab. Südlich des Urmia-Sees fanden Zusammenstöße mit stärkeren kurdischen Banden statt, die von regulärer türkischer Infanterie unterstützt wurden.

Vom U-Boot-Krieg.

Paris, 11. April. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Ein englischer Dampfer brachte die Besatzung des dänischen Dampfers „Caledonia" nach Marseille. Der dänische Dampfer ist im Mittelmeer von einem österreichischen Unterseeboot torpediert worden.

London, 11. April. (W. T. B.) Reutermeldung. Der Dampfer „Ellaston", 3796 Tonnen, wurde versenkt, die Besatzung wurde gerettet. Das Schiff war unbewaffnet.

Genf, 11. April. (W. T. B.) Einer Meldung der Agence Havas aus Biarritz zufolge hat der dänische Dampfer „Atlante" 36 Ueberlebende von dem torpedierten Spanischen Dampfer „Santandarino" in Socca gelandet. Vier Passagiere seien ertrunken.

Zur „Tubantia"-Affäre.

Berlin, 11. April. (W. T. B.) „Times" vom 7. April meldet an versteckter Stelle folgendes: „Ein Taucher, der das Wrack der „Tubantia" untersuchte, kehrte nach dem Haag zurück, um Bericht zu erstatten. Der Schleppdampfer, der ihn von dem Wrack zurückbrachte, vernichtete auf seinem Rückwege 24 treibende Minen."

W. T. B. bemerkt hierzu: Von zuständiger Seite erfahren wir hierzu: Diese Minen können nur innerhalb des Gebiets angetroffen worden sein, das nach der Erklärung des deutschen Admiralstabes vom 4. Februar 1915 von deutschen Minen unbedingt freigehalten wird. Es müssen demnach feindliche Minen gewesen sein. Die englische Nachricht stimmt übrigens auch mit letzthin gemachten Beobachtungen deutscher Seestreitkräfte überein. Hiernach sind englische Minen im Gebiete Noordhinder-Maas-Schouwenbank-Feuerschiffe bis Phornpenbank festgestellt worden, also in einem Gebiete, wo deutsche Minen nicht gelegt werden. Die angetroffenen englischen Minen sind außerdem nur zum Teil verankert, zum anderen Teil aber treibende Minen gewesen. Allein an zwei Tagen, dem 1. und 2. April, haben deutsche Seestreitkräfte im englischen Kanal 26 treibende englische nicht entschärfte Minen abgeschossen.

Englische Parlamentsdebatte über die Beschlagnahme deutscher Schiffe durch Neutrale.

London, 10. April. (W. T. B.) Unterhaus. Haslam fragte, ob die Regierung angesichts der fortwährenden Zerstörung von Handels- und Passagierschiffen ohne Warnung durch den Feind und ebenso der Vernichtung von neutralen Schiffen erwägen wolle, ob es nicht angezeigt sei, den neutralen Regierungen den Vorschlag zu machen, den Verlust an Tonnage durch Verwendung feindlicher Schiffe wett zu machen, die in neutralen Häfen interniert seien. Lord Robert Cecil erwiderte, die britische Regierung erwäge die Frage über die Indienststellung feindlicher in neutralen Häfen liegender Schiffe, sie müsse in erster Linie von den neutralen Regierungen selbst entschieden werden. Bei ihrer Entscheidung würden die neutralen Regierungen zweifellos den Umstand in Betracht ziehen, daß die Vernichtung von Handelsschiffen durch die Verringerung der Welttonnage den Handel der Neutralen nicht weniger berühre als den der kriegführenden. Vorschläge der neutralen Regierungen zur Sicherung feindlicher Schiffe, die von Neutralen in Dienst gestellt würden, vor Beschlagnahme würden von der britischen Regierung sorgfältig erwogen werden.

Beendigung der Ministerkrise in Griechenland.

Athen, 10. April. (W. T. B.) Ueber die endgültige Erledigung der Ministerkrise wird heute amtlich mitgeteilt, daß Staatsanwalt Chatzakos, der als einer der bedeutendsten Juristen Griechenlands gilt, das Justizministerium übernimmt, welches Rhallis ihm überläßt, wofür dieser den durch den Rücktritt Dragumis erledigten Posten des Finanzministers übernimmt. Hierzu wird aus Regierungskreisen bemerkt, daß diesem Zwischenfall keine Bedeutung beizumessen sei und daß er auf die weitere Haltung des Ministeriums von keinerlei Einfluß sein wird. Die Politik der Regierung wird trotz aller Schwierigkeiten, die die Entente den Finanzen Griechenlands bereitet, mit der größten Entschlossenheit weitergeführt werden und so können die Versuche der Entente und der venizelistischen Kreise, einen Kabinettswechsel herbeizuführen, als kläglich gescheitert bezeichnet werden.

Der Ententefreund Venizelos.

London, 11. April. (T. U.) Der Korrespondent der „Times" in Athen meldet: Venizelos setzt in seinem neuen Wochenblatt „Kerix" die Beantwortung der Behauptungen eines Interviews mit König Konstantin in einem Berliner Blatte fort. Venizelos schreibt u. a.: Wir hätten unserem Bündnis mit Serbien treu bleiben müssen und das um so mehr, als wir uns keinen Bundesgenossen in Rumänien sicherten. Wir hätten nicht dulden dürfen, daß Bulgarien Serbien vernichtet. Wahrscheinlich würde Bulgarien das Schwert nicht gezogen haben, wenn es nicht überzeugt gewesen wäre, daß Griechenland neutral bleiben würde. Aber selbst wenn Bulgarien nichtsdestoweniger Serbien überfallen hätte, hätte Griechenland sich der Entente anschließen müssen, um Serbien zu helfen, da die Entente die Integrität des griechischen Gebietes verbürgte und Griechenland außerdem Thrazien und einen Teil von Kleinasien anbot, während England bereit war, Cypern sofort abzutreten, einerlei wie der Krieg ablaufe. Bedenkt man die Stärke der österreichischen und deutschen Truppen gegen Serbien, so ist es sehr wahrscheinlich, daß das serbische und griechische Heer durch englische und französische Truppen verstärkt, die bulgarische Armee vernichtet haben würde, bevor die Zentralmächte zu Hilfe gekommen wären. Griechenlands Mitwirkung würde sicherlich das Unglück, das über die serbische Armee gekommen ist, verhütet und griechisches Gebiet gespart haben. Weiter bemerkt Venizelos, daß die Zentralmächte keine Bürgschaft dafür gegeben haben, daß die englisch-französischen Truppen nicht über die griechische Grenze verfolgt würden. Der griechische Generalstab wußte in der Tat, daß die Oesterreicher und Deutschen bald griechisches Gebiet betreten würden, das so der Schauplatz der Feindseligkeiten geworden wäre. Ganz Mazedonien wird gleichfalls infolge dieses Unglücks durch den Einfall seiner Erbfeinde, nämlich der Türken und Bulgaren, bedroht. Auch diese Gefahr wäre abgewendet worden, wenn Griechenland sich an diesem Kriege beteiligt hätte.

Asquiths Kriegsziel.

London, 11. April. (W. T. B.) Reutermeldung. Asquith sagte in seinem Trinkspruch auf den Präsidenten der französischen Republik bei dem gestrigen Festmahl zu Ehren der Abordnung des französischen Parlaments: Die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich sind nun seit mehreren Jahren auf dauerhafter Grundlage aufgebaut und sind durch die Probe, der sie in diesem Kriege ausgesetzt waren, Beziehungen nicht nur von Freundschaft, sondern von Intimität und Liebe geworden. (Beifall.) In den letzten Tagen hat der deutsche Reichskanzler wiederum an die Sympathien der neutralen

Welt für den schweren Fall von Deutschland (Heiterkeit), als vielfach mißverstandenen Friedensfreund appelliert. Der Kanzler erklärt, daß er am 9. Dezember seine Bereitwilligkeit geäußert habe, auf Friedensverhandlungen einzugehen, daß aber der Feind damals ebenso wie jetzt ablehnte, sich auf etwas einzulassen. Asquith zitierte die Worte des Kanzlers, um zu zeigen, daß dieser mit „Bereitwilligkeit" meinte, daß die Friedensvorschläge von der Entente ausgehen und die Entscheidung beim Kanzler berufen sollte. Er fuhr fort: Man will mit anderen Worten von uns, daß wir die Haltung des Besiegten gegenüber dem siegreichen Gegner einnehmen, aber wir sind nicht besiegt. (Beifall.) Wir werden auch nicht besiegt werden, und die Alliierten sind durch einen feierlichen Vertrag gebunden, keinen Sonderfrieden zu suchen oder anzunehmen.

Die Bedingungen, unter denen wir bereit sind, Frieden zu schließen, sind die Durchführung der Ziele, für die wir die Waffen aufgenommen haben. Diese Ziele wurden von mir schon im November 1914 bekannt gegeben. Ich sagte u. a., daß wir das Schwert nicht in die Scheide stecken werden, bis die militärische Herrschaft Preußens ganz und endgültig vernichtet ist. Der Kanzler zitiert meine Worte zuerst falsch und führt dann fort, ihre auf der Hand liegende Bedeutung und die in ihnen ausgesprochene Absicht zu verzerren. Großbritannien und auch Frankreich traten nicht in den Krieg ein, um Deutschland zu erdrosseln oder um es von der Karte Europas wegzuwischen, nicht um sein nationales Leben zu zerstören oder zu verstümmeln, und sicherlich nicht, um sich in die freie Ausübung seiner friedlichen Bestrebungen hineinzumischen. Wir wurden beide, hier und in Frankreich, dazu genötigt, die Waffen aufzunehmen, um zu verhindern, daß Deutschland, womit in diesem Falle Preußen gemeint ist, eine militärische Bedrohung für die Nachbarn bilde und eine Oberherrschaft über diese erreichte. Deutschland hat während der letzten zehn Jahre bei mehreren Anlässen seine Absicht gezeigt, Europa unter gleichzeitiger Bedrohung Vorschriften zu machen, und durch die Verletzung der Neutralität Belgiens hat es bewiesen, daß es sein Uebergewicht selbst um den Preis eines allgemeinen Krieges herstellen will und dadurch, daß es die Grundlage der europäischen Politik, wie sie durch Verträge festgelegt ist, zerreißt. Die Absicht der an dem Krieg beteiligten Verbündeten ist, diesen Versuch zunichte zu machen und dadurch den Weg für ein internationales System zu ebnen, welches den Grundsatz gleicher Rechte für alle zivilisierten Staaten sicherstellen wird. (Beifall.) Wir wollen als Ergebnis des Krieges den Grundsatz festlegen, daß internationale Probleme durch freie Unterhandlung unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen, und daß eine solche Uebereinkunft nicht länger durch das überwältigende Gebot einer Regierung, die von einer militärischen Kaste kontrolliert wird, aufgehalten und beherrscht wird. Das ist es, was ich unter Vernichtung der militärischen Herrschaft Preußens verstehe, nicht mehr, aber auch nicht weniger. —

Auf das Schicksal Belgiens, Serbiens und Montenegros Bezug nehmend, sagte Asquith, daß die Verbündeten nicht nur Schützer von Vertragsrechten, sondern auch von unabhängigen Staaten und der freien Entwickelung schwächerer Länder seien. (Beifall.) Es gebe kaum einen größeren Zynismus, als wenn der deutsche Kanzler beanspruche, daß Deutschland vor allen Mächten darauf bestehen müsse, verschiedenen Nationen Gelegenheit zu freier Entwickelung innerhalb des Rahmens ihrer Muttersprache und ihrer nationalen Individualität zu geben. Der Versuch, Preußisch-Polen zu germanisieren, sei während der letzten Jahre hartnäckig betrieben worden, und dies sei das größte Fiasko der preußischen inneren Politik gewesen. Was solle wohl das vlämische Volk von der Aussicht denken, die ihm vom Kanzler gestellt wurde, nachbarlich mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, die ihre Kirchen verbrannten, ihre Städte plünderten, ihre Felder verwüsteten und ihre Freiheiten niedertraten? Asquith fuhr fort: Meine Antwort an den Kanzler ist sehr einfach: die Verbündeten wünschen und sind entschlossen, das alte Belgien wieder erstehen zu sehen. (Beifall.) Es darf nicht dauernd unter dem leichtfertigen und verruchten Angriff auf seine Freiheit leiden, und was niedergetreten wurde, muß wiederhergestellt und aufgebaut werden. (Lauter Beifall.) Asquith sprach sodann von dem hinkenden, schwächlichen Versuch des Reichskanzlers, die Unterseebootkriegführung zu rechtfertigen und sagte: Wenn die Alliierten ihre Herrschaft zur See dazu benutzen, wirtschaftlichen Druck auf die Feinde auszuüben, so bedienen sie sich eines Rechts, das für Kriegführende von jeder kriegführenden Macht in der Alten und Neuen Welt anerkannt ist, und sie haben sich bemüht und bemühen sich noch, soweit als möglich die daraus erfolgenden Unannehmlichkeiten für den neutralen Handel zu mildern. Sie sind bereit, die Gesetzlichkeit aller ihrer Maßnahmen zu rechtfertigen und zu beweisen, daß sie mit den Grundsätzen und dem Geist des auf die Entwickelungen des modernen Krieges angewandten Völkerrechts übereinstimmen. Diese Maßregeln wurden mit genauester Berücksichtigung der Menschlichkeit durchgeführt, und so viel wir wissen, kann nicht ein einziges Beispiel angeführt werden, daß durch die Blockade der Verbündeten das Leben eines neutralen Untertanen verloren ging. (Beifall.) Die deutsche Unterseebootskampagne wurde lange vor unserer königlichen Verordnung vom März 1915 begonnen und entwickelt, und sie wurde rücksichtslos durchgeführt, sowohl gegen Neutrale wie gegen Kriegführende und mit rücksichtsloser Verletzung des Völkerrechts und der Menschlichkeit. Asquith schloß: Können wir nicht dankbar sein, daß wir zur Feststellung und Verteidigung unserer Sache nicht zu solchen Entstellungen der Tatsachen und zu solchen Sophisterein genötigt sind, wie sie vom Kanzler vorgebracht wurden? Wir Alliierten kämpfen Seite an Seite für eine große Sache mit würdigen Mitteln, reinen Händen und reinem Gewissen, (Beifall.) und Seite an Seite haben wir ebenso wie den Willen auch die Macht, die Freiheiten Europas zu verteidigen. (Lauter Beifall.)

Tagung der holländischen Ersten Kammer.

Haag, 11. April. (W. T. B.) Die Erste Kammer trat heute mittag um 1,30 Uhr in öffentlicher Sitzung zusammen. Auf Antrag von Dr. Kuyper und neun anderen Mitgliedern wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, der Ersten Kammer dieselbe Mitteilung zu machen wie der Zweiten Kammer in der geheimen Sitzung vom letzten Dienstag. Dr. Kuyper sagte, daß die Erklärungen der kriegführenden Regierungen einen beruhigenden Eindruck machten, und er sprach der Regierung für ihr Auftreten auf dem Gebiete der äußeren Politik seine Anerkennung aus. Er betonte, daß die Erste Kammer das Recht habe, ebenso behandelt zu werden wie die Zweite, damit sie sich ein Urteil über die Regierungsmaßnahmen bilden könne, zumal es sich um internationale Fragen handele und die Regierung erklärt habe, über Daten zu verfügen, die eine Zunahme der Gefahr für die Niederlande befürchten lassen. Der Ministerpräsident Cort van der Linden erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, auch die Erste Kammer in geheimer Sitzung zu informieren. Die Regierung habe vorige Woche die Einberufung einer geheimen Sitzung der Zweiten Kammer nur deshalb für nötig erachtet, da diese Kammer ohnehin schon zusammengetreten war, während einer Einberufung der Ersten Kammer zu diesem Zwecke viel größere Bedeutung zugemessen worden wäre.

Sodann fand eine geheime Sitzung statt, die ungefähr eine Viertelstunde dauerte. Hierauf vertagte sich die Kammer bis zum 25. April.

Zwischenfall in einem Lager deutscher Gefangener.

London, 11. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Regierung teilt amtlich mit, daß es am 6. April unter den Kriegsgefangenen auf der Insel Man zu Unruhen kam. Ein Gefangener wurde von einigen seiner Mitgefangenen überfallen und suchte bei der am Tore aufgestellten Schildwache Schutz. Die anderen Gefangenen fuhren fort, ihn zu belästigen und drängten nach dem Tore, worauf die Schildwache sie aufforderte, auseinander zu gehen. Da sie dem Befehl nicht gehorchten, feuerte die Schildwache. Drei deutsche Gefangenen wurden verwundet.

Deutsch-rumänisches Handelsabkommen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Die aus Bukarest eingegangene Meldung, daß zwischen der rumänischen und der deutschen Regierung ein Abkommen zur Erleichterung des Warenaustausches getroffen worden sei, ist nach unseren Erkundigungen zutreffend. Dieses Abkommen wurde am 7. April in Berlin vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem rumänischen Gesandten unterzeichnet. Danach verpflichten sich beide Regierungen, für den Bedarf des anderen Landes die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse, soweit der eigene Bedarf es zuläßt und mit einem Vorbehalt wegen Kriegsmaterials zu gestatten und zwar ohne die Erteilung der Ausfuhrbewilligung von besonderen Gegenleistungen abhängig zu machen, sie verpflichten sich ferner, einander grundsätzlich auch die Durchfuhr von Waren aus dritten Ländern zu gestatten.

Durch diese Abmachungen, für deren Durchführung noch besondere Maßnahmen in Aussicht genommen sind, beabsichtigen beide Regierungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien, die durch den Kriegszustand stark gelitten haben, soweit wie möglich wiederherzustellen und entsprechend den gegenseitigen Interessen zu erleichtern.

Politische Uebersicht.

Orden statt Rechte.

Die „Kreuz-Zeitung" wehrt sich von neuem gegen die Forderung, daß nach dem Kriege die Verwirklichung gleicher Staatsbürgerrechte eintreten müßte. Sie schreibt:

„Es ist daher verfehlt und bedauerlich, wenn man teilweise in Verkennung dieser Sachlage einen Anspruch auf besondere Belohnungen hierfür zu haben vermeint, wobei natürlich äußere ehrende Gedenkzeichen, wie sie seit langem üblich sind, hier nicht gemeint sind. Diese lockern die geschlossene Volkskette der Deutschen im Kampfe nicht. Ganz anders ist es, wenn an Belohnungen für bestimmte Kreise und Klassen gedacht wird. Geradezu bedenklich ist es, wenn man Belohnungen auf dem Gebiete der inneren Politik erstrebt, wenn die Teilnahme am Kriege dazu dienen soll, bestimmte politische Wünsche einzelner Gruppen zu erfüllen. Einheitliche politische Wünsche gibt es kaum, sondern es bestehen fast überall gegensätzliche Anschauungen. Was man daher auf politischem Gebiete der einen Gruppe entgegenkommend gewähren will, schließt regelmäßig eine Hintansetzung oder Verstimmung einer andersdenkenden Gruppe in sich. Das Gebiet der inneren Politik müßte daher grundsätzlich ausscheiden, wenn man glaubt, für den Schutz des Vaterlandes, des Volkes und der Familie Belohnungen gewähren zu sollen. Dieses Gebiet ist dafür ungeeignet, und es würde auch eine Verkehrung des Satzes bedeuten, daß das Vaterland und seine Leitung in Zeiten des Daseinskampfes keine Parteien, sondern nur Deutsche kennt!"

Die „Kreuz-Zeitung" glaubt also durch die Zubilligung äußerer Ehrenzeichen über die Notwendigkeit politischer Rechte hinwegtäuschen zu können.

Nationalliberale und Wahlreform.

Die Aufgaben des preußischen Landtags nach Friedensschluß behandelte in einer in Stettin gehaltenen Rede der Abg. Dr. Friedberg. Er sagte darüber u. a.:

In der inneren Politik stehe die Frage des Wahlrechts obenan, sie sei brennend geworden wie keine zweite; weite Kreise des Volkes seien mit dem bestehenden Wahlrecht unzufrieden. Die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sei abzulehnen. In Preußen beruhe der Staatshaushalt auf den direkten Besitzsteuern, zu denen ein großer Teil der Staatsbürger nichts beisteuere. Hierdurch werde eine Abstufung des Wahlrechts bedingt. An den Magdeburger Forderungen des direkten und geheimen Wahlrechts müsse festgehalten werden, die unmittelbare Berührung zwischen dem Wähler und dem Gewählten müsse sichergestellt sein, und nur die Wahl im verschlossenen Wahlzettel gewährleistet die Unbeeinflußtheit der Wahl. Der Redner ist persönlich für ein Pluralwahlrecht, das etwa drei bis vier Stimmen zu umfassen habe. Wie man die Merkmale dieses Mehrstimmenrechts bestimme, will er der Zukunft überlassen.

Zuckerkarten.

Durch eine gestern beschlossene Verordnung des Bundesrats wird zur Regelung des Verkehr mit Verbrauchszucker eine Reichszuckerstelle errichtet, die für die Verteilung der Zuckervorräte auf die Kommunalverbände, gewerblichen und sonstigen Betriebe sowie auf die Heeresverwaltungen und die Marineverwaltung zu sorgen hat. Der Reichskanzler bestimmt die Grundsätze für die Bemessung des Zuckerverbrauchs der Zivilbevölkerung. Dabei ist der Bedarf für die Obstverwertung im Haushalt zu berücksichtigen. Er bestimmt ferner, nach welchen Grundsätzen die in den einzelnen Kommunalverbänden vorhandenen Vorräte anzurechnen sind. Die Kommunalverbände haben den Verbrauch von Zucker in ihrem Bezirke zu regeln. Sie können insbesondere vorschreiben, daß Zucker an Verbraucher nur gegen Zuckerkarten abgegeben werden darf. Der Reichskanzler setzt die Zuckermenge für den Kopf der Bevölkerung fest, die dieser Regelung zugrunde zu legen ist. Der Bedarf für die Obstverwertung im Haushalt wird besonders berücksichtigt werden. Die Kommunalverbände haben Höchstpreise für den Verkauf an die Verbraucher festzusetzen. Die Kommunalverbände können die käufliche Ueberlassung des in ihren Bezirken vorhandenen Zuckers an sich oder an die von ihnen benannten Stellen oder Personen verlangen. Der Reichskanzler bestimmt, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen Zucker in gewerblichen und sonstigen näher zu bezeichnenden Betrieben bezogen und verwendet werden darf. Die Hersteller von Zucker haben den Weisungen der Reichszuckerstelle zu entsprechen. Sie dürfen Zucker nur nach den Anweisungen der Reichszuckerstelle oder gegen Bezugsschein abgeben. Der Handel mit Bezugsscheinen ist verboten. Wer mit Beginn des 25. April 1916 Zucker in Gewahrsam hat, hat bis zum 25. April 1916 den Vorrat nach Mengen und Eigentümern der zuständigen Behörde des Lagerungsorts anzuzeigen. (W. T. B.)

Die Verordnung ist bereits in Kraft getreten.

Kaffee und Tee.

Auf wiederholte Anfragen teilt der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel mit, daß derjenige, der mehr als 10 Kilogramm Rohkaffee oder mehr als 5 Kilogramm Tee im Besitz hat, überhaupt keinen Kaffee oder Tee mehr verkaufen darf. Nur diejenigen Kleinhändler, die weniger als 10 Kilogramm Rohkaffee oder weniger als 5 Kilogramm Tee besitzen, dürfen diese kleinen Bestände ausverkaufen. Geröstet werden darf Rohkaffee auch von Privaten bis auf weiteres überhaupt nicht mehr.

Ein Blutbad unter spanischen Demonstranten.

Der „Labor Leader" meldet nach der „Justicia Social", daß bei einer friedlichen Kundgebung gegen die Lebensmittelteuerung das Militär in die Menge feuerte. Neun Personen wurden getötet, viele verwundet. Unter den Opfern war eine Frau und ein vierzehnjähriges Mädchen. Das Nationalkomitee der sozialistischen Partei hat ein Manifest herausgegeben, das gegen die Bluttat protestiert und die schleunige Bestrafung der Schuldigen fordert.

Unruhen in Batavia.

Ein Amsterdamer Blatt meldet aus Weltevreden vom 10., daß es bei Batavia wegen Eintreibung der Steuern zu Unruhen kam, die durch Polizei und Militär unterdrückt wurden.

Letzte Nachrichten.

„Tubantia" und „Palembang".

Amsterdam, 11. April. (W. T. B.) Der Schiffahrtsrat gab heute seinen Spruch über die Versenkung der beiden Dampfer „Palembang" und „Tubantia" bekannt. Es wird darin der Hergang der beiden Unfälle nochmals ausführlich geschildert und das Material der Zeugenaussagen zusammengefaßt. Der Schiffahrtsrat gelangte zu dem Schlusse, daß im Falle der „Palembang" die erste Explosion durch das Springen einer Mine, die in einiger Entfernung von der „Palembang" trieb, verursacht wurde. Die zweite Explosion rührte von einem Torpedo her, das aus einiger Entfernung abgeschossen wurde und die „Palembang" traf. Dieses Torpedo kann nicht durch den englischen Zerstörer abgeschossen worden sein; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es auf den Zerstörer gemünzt war und ihn verfehlte und die „Palembang" traf. Die dritte Explosion muß ebenfalls einem Torpedo zugeschrieben werden, das auf die „Palembang" selbst gezielt war.

Im Falle der „Tubantia" handelt es sich nach dem Urteil des Schiffahrtsrates ebenfalls um ein Torpedo. Die in den Booten der „Tubantia" gefundenen Metallstücke rühren ohne Zweifel von einem bronzenen Schwartzkopftorpedo her. Das Torpedo ist entweder von einem U-Boot oder einem Torpedoboot ohne vorherige Warnung abgeschossen worden und muß, da kein anderes Schiff in der Nachbarschaft war, der „Tubantia" zugedacht gewesen sein.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 11. April. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Irakfront erlitten die Engländer eine neue blutige Niederlage bei Felahie, wobei sie mehr als 3000 Tote auf dem Kampfgelände sowie einen Offizier und einige Soldaten als Gefangene in unserer Hand zurückließen. Am 9. April vormittags, nach anderthalbstündiger heftiger Artillerievorbereitung, griff der Feind mit seinen sämtlichen Kräften von dem rechten Ufer des Tigris her unsere Stellungen bei Felahie an. Die Schlacht wütete während sechs Stunden. Zuerst gelang es dem Feind unter ungeheuren Opfern in einen Teil unserer Gräben einzudringen, aber unsere tapferen Truppen machten die eingedrungenen Feinde mit dem Bajonett nieder sowie diejenigen, die ihnen zur Hilfe herbeigeeilt waren und warfen die Ueberlebenden in ihre früheren Gräben zurück. Am Abend der Schlacht konnten wir in den Teilen unserer Gräben und vor ihnen über 3000 feindliche Leichen zählen. Gefangene sagten aus, daß von allen feindlichen Truppeneinheiten diejenige, die am meisten gelitten hatte, die 18. englische Division sei, die ausschließlich aus englischen Soldaten bestehe, seinerzeit an den Dardanellen gekämpft hatte und kürzlich an die Irakfront geschickt wurde. Unsere Soldaten kämpften mit unvergleichlicher Tapferkeit während der Schlachten des 5., 6. und des 9. April und fügten ein neues ruhmreiches Blatt unserer militärischen Geschichte bei.

An den übrigen Fronten hat sich nichts ereignet.

Amerika und der „Sussex"-Fall.

New York, 8. April. (Funkspruch vom Vertreter des W. T. B.) „New York World" sagt in einem Leitartikel: Es ist angemessen, daß die Regierung eine Zeitlang die Antwort Deutschlands auf die amerikanische Anfrage betreffend den „Sussex"-Fall abwartet. Es kann trotzdem nicht viel Zweifel über den Weg bestehen, den die Vereinigten Staaten einschlagen müssen, wenn die „Sussex" durch ein deutsches Unterseeboot versenkt worden ist, wie es alles verfügbare Beweismaterial zeigt. Unsere Regierung kann nicht die diplomatischen Beziehungen mit einer Regierung aufrechterhalten, die beständig ihre Zusicherungen und Versprechungen verletzt. Trotz der den Vereinigten Staaten gegebenen Versicherungen laufen deutsche Unterseeboote wieder Amok. Die deutsche Regierung ist anscheinend nicht in der Lage, ihnen Einhalt zu tun. Die Behauptungen, daß die deutsche öffentliche Meinung eine solche Beschränkung der Unterseebootstätigkeit nicht ertragen werde, machen die Lage schlimmer, statt besser. Der Kanzler hat große Mühe aufgewandt, um den Vereinigten Staaten zu versichern, daß Deutschland keine Absicht habe, Krieg gegen dieses Land zu führen. Die Vereinigten Staaten haben gleichfalls nicht die Absicht, Krieg gegen Deutschland zu führen. Zu einem Kriege kann es nur kommen, wenn es Deutschland dazu zwingt. Aber es muß sich irgendein gangbarer Mittelweg finden zwischen den gegenwärtigen feindseligen Handlungen und freundschaftlichen diplomatischen Beziehungen, die eine beständige Lüge sind.

Gewerkschaftliches.

Tarifablauf und Teuerungszulage im Buchbindergewerbe.

Ein ganz eigenartiges Verhalten gegenüber dem Verlangen der Arbeiterschaft um Teuerungszulagen legt der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer an den Tag. Bis zum 2. Februar d. J. sind die wiederholten Anträge des Buchbinderverbandes wegen Teuerungszulagen unter Hinweis auf die schwierige Geschäftslage und die außerordentliche Preissteigerung aller Rohstoffe abgelehnt worden. Erst am 29. Februar verstanden die Unternehmer sich bei Verhandlungen in Leipzig dazu, für Gehilfen mit einem Stundenlohn bis zu 65 Pf. einen Teuerungszuschlag von 5 Pf. für die Stunde und bei Arbeiterinnen einen Zuschlag von 3 Pf. zu gewähren. Diese Teuerungszuschläge sollten bei Annahme durch die Arbeitervertreter am 1. April d. J. in Kraft treten. Dagegen lehnte der Verband der Buchbindereibesitzer jeden Zuschlag für Akkordarbeiten ab. Auch sollten jene Zuschläge nur dann erfolgen, wenn der am 30. Juni ablaufende Tarif für Berlin, Leipzig und Stuttgart — der sogenannte Dreistädtetarif — unverändert um ein Jahr verlängert werde. Auf diese Bedingungen glaubten die Arbeitervertreter nicht eingehen zu können, und die Verhandlungen am 29. Februar endeten mit dem Uebereinkommen, daß die beiderseitigen Parteien von dem Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet werden und um ihre Meinung befragt werden sollten, und diese Meinungen sollten dann gegenseitig ausgetauscht werden.

Vom Vorstande des Buchbinderverbandes wurde nun dem Unternehmerverbande am 21. März mitgeteilt, daß die betreffenden Versammlungen in den drei Städten das Angebot der Unternehmervertreter abgelehnt und ihre Vertreter beauftragt hätten, die bei den Verhandlungen am 29. Februar zuletzt eingereichten Forderungen aufrecht zu erhalten und sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklären sollten. Das ist geschehen, aber der Buchbindereibesitzerverband hat bis zum 10. April, also nach beinahe anderthalb Monaten, noch nicht von sich hören lassen, wie er sich jetzt zu der Angelegenheit stellt. Inzwischen hatte der Buchbinderverband den Tarifvertrag am 21. März — denn die Kündigung ist nur bis zum 31. März gültig — mit der ausdrücklichen Begründung gekündigt: „damit nicht bei einer nicht zu erzielenden Verständigung später gesagt werden kann, der Tarif ist nicht gekündigt, er läuft daher ohne weiteres auf ein Jahr weiter, ohne daß irgendwelche Teuerungszulagen gewährt werden."

Die Erregung unter den Buchbindern ist natürlich sehr groß, da diese eine absichtliche Verzögerung durch den Buchbindereibesitzerverband vermuten, durch welche die Unternehmer bis zum Ablaufstermin am 30. Juni vor Teuerungszulagen verschont bleiben sollen. Die „Buchbinder-Zeitung" hat es daher für notwendig gehalten, auf das Bedenkliche des Verhaltens den Unternehmerverband hinzuweisen, das geeignet sei, die Mißstimmung unter den Arbeitern und Arbeiterinnen so zu steigern, daß sie versuchen werden, auf eigene Faust sich die unbedingt notwendigen Teuerungszulagen zu verschaffen. Sie mahnt die Unternehmer: Eile tut not! Auch der Vorstand des Buchbinderverbandes hat den Verband Deutscher Buchbindereibesitzer neuerdings mit einem begründeten Schreiben an sein gegebenes Versprechen erinnert und ihn bis spätestens zum 13. April um Antwort ersucht. Geschieht das nicht, so hat es der Verband sich selbst zuzuschreiben, wenn sich der Mißmut der Arbeiterschaft in Formen geltend macht, die ihm nicht gefallen.

Deutsches Reich.

Der Zimmererverband hat im Jahre 1915 einen Rückgang von 24 850 Mitgliedern erfahren. 1914 betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl 47 766 in 775 Zahlstellen, am Jahresschluß 1915 zählte man nur 22 916 Mitglieder in 673 Zahlstellen. Natürlich ist dieser Mitgliederrückgang lediglich eine Kriegsfolge, ebenso wie die Aenderung in der Finanzgebarung des Verbandes. Der Rechnungsabschluß der Hauptkasse weist am Schluß des Jahres einen Vermögensbestand von 4 958 931,55 M. auf, 109 795,85 M. weniger als im Jahre 1914. Die Einnahmen an Eintrittsgebühren und Wochenbeiträgen gingen im Vergleich zu 1914 um 645 059,10 M. (fast um die Hälfte) zurück. Hierzu kommt, daß die Position „Familienunterstützung" im Jahre 1915 mit 429 508 M. wie vom Jahre 1914 um 840 884 M. überragt. Somit ergibt sich trotz der Minderausgabe (1915) für Arbeitslosen- und Streikunterstützungen der Vermögensrückgang von 109 795,85 M.

Daß auch die Gesamtsumme der Zahlstellenkassenbestände um 127 508,84 M. seit 1914 zurückgegangen ist, erklärt sich aus der Tatsache, daß eine große Anzahl Zahlstellen erhebliche Summen für Familienunterstützungen und Liebesgaben für ihre im Heeresdienst stehenden Mitglieder aufwendeten; hierfür wurden nach den Abrechnungen bis zum Jahresschluß 1915 rund 159 800 M. in den Zahlstellen verausgabt.

In Anbetracht der Verhältnisse ist der Rechnungsabschluß des Verbandes kein ungünstiger, mindestens bringt er keine Ueberraschungen. Er bietet die Gewähr, daß der Verband auch in dieser tiefernsten Zeit seine Widerstandskraft für die Gegenwart und Zukunft in Bereitschaft hält.

Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Gärtnerei.

Der Fürsorgeausschuß für kriegsbeschädigte Gärtner (Geschäftsstelle: Berlin N, Invalidenstr. 42), dem alle bestehenden Unternehmer- und Arbeiterverbände des Gartenbaues angeschlossen sind, hielt kürzlich eine Sitzung ab, in der über die bisherige Tätigkeit und die dabei gemachten Erfahrungen berichtet wurde. In Beziehung auf die Verwendungsmöglichkeiten Kriegsbeschädigter hat sich bereits eine Reihe von Schwierigkeiten ergeben. Mehrfach ergab sich, daß bei Arbeitstätigkeiten, die von erfahrenen Berufsgärtnern als geeignet bezeichnet wurden, eine Eignung trotzdem nicht möglich war. Auch die Bereitschaft früherer Arbeitgeber, einen Beschädigten wieder aufzunehmen, lasse zu wünschen übrig. Häufig sei in der Zwischenzeit ein Ersatzmann eingestellt und habe sich festgesetzt. Andererseits aber fühlten sich die Prinzipale geniert, wenn sie für den früheren Angestellten, der verletzt zu ihnen zurückkehre, die Höhe des neuen Gehaltes bestimmen sollten. Sie zahlten dann lieber eine freiwillige Unterstützung, gewissermaßen als eine Abfindung, um in ihren neuen Verträgen freie Hand zu behalten. Diese Mitteilung wurde mit allgemeinem Mißfallen entgegengenommen, man meint, daß solchen Neigungen nachdrücklich entgegengewirkt werden müsse. Von den Arbeitervertretern wurde beklagt, daß an der Berufsberatung sich Unternehmer nicht in dem Maße beteiligen, wie es von den Arbeitern geschehe. Der Nachweis, daß kriegsbeschädigte Gärtner in ihrem Beruf überhaupt eine ausreichende Existenz finden können, sei noch nicht geführt. Eine Aufbesserung der Löhne sei deshalb schon jetzt, besonders aber nach Friedensschluß, unabweislich. Stadtgartendirektor Brodersen-Berlin hielt einen Vortrag über die Frage der Ansiedlung Kriegsbeschädigter und die Gründung von Kriegerheimstätten. Redner behandelte die Möglichkeiten genossenschaftlicher Siedlungen und warnte besonders vor den vielfach in dieser Hinsicht schon gemachten Uebertreibungen. Kriegsbeschädigte auf Neuland, Moor oder gar auf Oedländereien seßhaft zu machen, sei nur in Ausnahmefällen zu billigen. Um eine solche Pionierarbeit erfolgreich zu verrichten, reichten kaum die Kräfte gesunder Menschen aus. Im übrigen ist sowohl hinsichtlich der Auswahl geeigneter Bodenflächen wie auch zur Facharbeit geeigneter Kräfte größte Vorsicht geboten, soll später nicht allseits Enttäuschung platzgreifen. Besondere Rentengutskolonien nur für Kriegsbeschädigte zu schaffen, könne auch nicht empfohlen werden. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Beschlossen wurde: Unter Mitwirkung berufs- und lebenserfahrener Männer Ratschläge und Leitsätze auszuarbeiten, die das Wesen der gesamten Fürsorge für kriegsverletzte Gärtner und auch die Grundsätze für die Errichtung von Kriegerheimstätten enthalten. Diese Leitsätze sollen dann Behörden und Körperschaften sowie allen Gartenbau-, Obst-, Gemüse- und verwandten Vereinen mit der Bitte unterbreitet werden, sie in besonders einzuberufenden Versammlungen durch geeignete Berichterstatter zum Vortrag zu bringen. Ferner: Den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu bitten, für kriegsbeschädigte geeignete Gärtner ausreichende Mittel zum Besuche königlicher Gärtnerlehranstalten zur Verfügung zu stellen und die vorhandenen Freistellen zu vermehren. Dem Arbeitsnachweis des Fürsorgeausschusses sind zurzeit sehr viel mehr Stellen gemeldet, als zu besetzen möglich; es darf dabei jedoch nicht übersehen werden, daß es sich bei den Angeboten recht oft um solche handelt, bei denen nur eine zeitweilige Beschäftigung in Frage kommt, weil gegenwärtig ja überhaupt großer Mangel an gelernten Kräften bestehe. Stellen letzterwähnter Art sind für Kriegsbeschädigte im allgemeinen ungeeignet und können auch nicht berücksichtigt werden.

Ausland.

Arbeitsnachweis für die heimkehrenden Krieger in Frankreich.

Das französische Arbeitsministerium hat sich in einer längeren Denkschrift mit der Notwendigkeit befaßt, Vorsorge gegen eine nach Rückkehr der Krieger zu befürchtende Arbeitslosigkeit zu treffen. Als Rundschreiben, das im wesentlichen Anregungen zur Einrichtung von kommunalen Arbeitsnachweisen enthält, ist sie an die Präfekten aller Departements gesandt worden. „Der Mangel einer rationellen Organisation der Arbeitsnachweise hat sich seit dem Krieg mehr als je fühlbar gemacht," führt die Denkschrift aus, „und es wäre geradezu unverzeihlich, wenn uns die Demobilisierung unvorbereitet träfe." Nicht nur, daß zahllose Arbeiter ihren früheren Posten besetzt finden werden, es werden auch ungezählte Arbeiter entlassen werden müssen, weil die für Kriegszwecke umgewandelten Betriebe sich wieder ihren alten Industrien zuwenden. Unter diesen Arbeitslosen werden auch viele Ausländer sein. Letztere Wendung des Rundschreibens bezieht sich auf die namentlich in der Munitionsfabrikation beschäftigten Belgier; auch Italiener und Marokkaner sind in großer Zahl zur französischen Munitionsfabrikation herangezogen worden.

Das Ministerium erbietet sich, die Behörden in jeder Weise zu unterstützen bei der Ausdehnung schon bestehender und Gründung neuer Stellenvermittlungsbureaus. Kredite sollen gewährt und, sobald es sich übersehen läßt, auch eine namhafte Subvention von seiten des Ministeriums beschlossen, auch in Form von Portobefreiung usw. jede Erleichterung der Organisation zugedacht werden.

Aus der Partei.

Zu den Parteidifferenzen.

Die letzte Kreiskonferenz des 6. Berliner Reichstagswahlkreises, welche von 290 Funktionären besucht war, beschäftigte sich mit den jetzt innerhalb der Partei zwischen Mehrheit und Minderheit strittigen Fragen.

Die Kreiskonferenz legt energisch Protest dagegen ein, daß der Parteivorstand aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, zu denen auch die Mittel der sogenannten Minderheit gehören — Broschüren und Flugblätter verbreitet, die einseitig den Standpunkt der Fraktionsmehrheit vertritt. Wird das Recht der Verbreitung auch nicht bestritten, so dürfen hierzu allgemeine Parteimittel nicht verwendet werden.

Des weiteren protestiert die Konferenz scharf gegen das Vorgehen des Genossen Richard Fischer und des Parteivorstandes gegenüber der Redaktion des „Vorwärts". Sie verlangt, daß die Redaktion — unbehindert in der bisherigen Weise ihre Geschäfte weiterführen kann — und weiterführt. Auch wird verlangt, daß der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft der „Vorwärts" in der gleichen Weise unbehindert offensteht wie dem Parteivorstand.

•

Ferner wurde nachstehende Resolution gegen fünf Stimmen angenommen: Die Kreiskonferenz hat mit Entrüstung von dem gemeinsamen Aufruf des Parteivorstandes, Parteiausschusses und des Vorstandes der Reichstagsfraktion Kenntnis genommen.

Der Aufruf droht unter dem Vorgeben, für die Einheit der Partei zu wirken, Schritte an, die die Zerstörung der Einheit und Geschlossenheit der Partei und der Arbeiterklasse zur Folge haben müssen.

Die Konferenz erklärt, daß, wenn der Parteivorstand die im Aufruf angedrohten Schritte unternehmen oder dulden sollte, sie alle im Rahmen der Organisation gebotenen Gegenmaßregeln ergreifen wird.

Dem Antrage, unverzüglich eine Verbandsgeneralversammlung stattfinden zu lassen, wurde zugestimmt.

Stellungnahme zur Fraktionsspaltung.

Eine von 141 Personen besuchte Funktionär-Sitzung des 8. hannoverschen Wahlkreises (Hannover-Linden) nahm nach Referaten der Genossen Brey und Leinert gegen 8 Stimmen folgende Resolution an:

„Die am 9. April 1916 in Hannover tagende Konferenz der Funktionäre der Partei des 8. hannoverschen Wahlkreises stellt sich rückhaltlos hinter die Beschlüsse des Parteiausschusses und des Provinzialvorstandes. Sie stellt an den Parteivorstand in Berlin das Verlangen, alles zu unternehmen, um die Durchführung der Beschlüsse des Parteiausschusses zu sichern.

Diejenigen, die die Bestrebungen der Sonderfraktion innerhalb der Organisation der Partei durch Mitgliedschaft oder Zahlung von Beiträgen unterstützen, haben kein Recht, Ehrenämter in der Organisation zu übernehmen. Der Vorstand des Wahlvereins für den 8. hannoverschen Wahlkreis ist daher verpflichtet, die Organisation in dem Geiste zu leiten, der durch die Beschlüsse der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses festgelegt ist. Zur Durchführung der Beschlüsse ist der Vorstand nach dem Statut ermächtigt.

Die Konferenz richtet an alle Genossen die dringende Mahnung, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung der Einheit der Partei zu wirken und dafür zu sorgen, daß die Erfolge der Partei nicht durch Quertreibereien und Disziplinlosigkeit vernichtet werden."

Eine von den Vertretern der Minderheit eingebrachte Resolution wurde gegen 11 Stimmen abgelehnt.

•

Eine am Sonntag in Erfurt abgehaltene Bezirkskonferenz, die von Vertretern der vier zum Bezirk Erfurt gehörenden Reichstagswahlkreisen besucht war, nahm einen Bericht über die Verhandlungen des Parteiausschusses entgegen. Das Ergebnis der durchaus sachlich geführten Aussprache fand Ausdruck in der nachstehenden Entschließung, die mit 22 Stimmen gegen 1 Stimme angenommen wurde:

„Die am 9. April d. J. in Erfurt tagende Konferenz des Bezirksvorstandes mit den Kreis- und Ortsvorständen des Bezirks Erfurt bedauert sehr lebhaft die in der sozialdemokratischen Fraktion eingetretene Spaltung.

Eine Entscheidung darüber, inwieweit die Maßregelung der 18 Genossen berechtigt war, überläßt sie dem Parteitag.

Die Konferenz kann der Fraktion, dem Parteivorstand und Parteiausschuß das Entscheidungsrecht nicht zugestehen. Die Entscheidung hat ausschließlich der nächste Parteitag zu fällen.

Ebenso sieht die Konferenz in dem Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Redaktion der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung" wie gegen die „Vorwärts"-Redaktion nicht das Mittel, die Einheit der Partei zu stärken. Die Konferenz protestiert entschieden gegen die Einführung einer Partei-Pressezensur.

Die Konferenz fordert alle Genossen zur einmütigen Arbeit für die Einheit, Geschlossenheit und den Ausbau der Organisation auf."

•

Eine Konferenz der Vertreter des sozialdemokratischen Wahlvereins des Reichstagswahlkreises Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde tagte am Sonntag in Luckenwalde, um sich mit den Vorgängen in der Partei zu beschäftigen. Nach einem Referat des Reichstagsabg. Gen. Wels und nach eingehender Beratung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der ausgesprochen wird, daß die Konferenz die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aufs tiefste bedauert. Die Spaltung hätte verhütet werden können, wenn weniger Rechthaberei und mehr proletarische Kameradschaftlichkeit obgewaltet hätte. Die Konferenz erklärt es für die vornehmste Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, alles daran zu setzen, daß der Riß, der die Fraktion spaltet, sich nicht auf die Partei überträgt. Vor allem gilt es, die Zerstörungskraft geheimer Sonderzirkel von der Organisation fernzuhalten. Die sozialdemokratische Partei bedarf trotz der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten einer geschlossenen Kampffront gegen den gemeinsamen Feind. Die Einheit der Partei zu wahren, ist die große Aufgabe, die zu erfüllen die Parteigenossen als ihre erste und heiligste Pflicht zu betrachten haben. Das endgültige Urteil über die Taktik der Partei steht dem Parteitage zu, dem eine ungehinderte Aussprache über die brennenden Gesichtspunkte vorausgehen kann.

•

Die Wahlkreisorganisation des Wahlkreises Waldenburg beschäftigte sich am vorigen Sonntag in einer sehr stark besuchten Kreisversammlung u. a. auch mit den inneren Parteistreitigkeiten, insbesondere mit der Fraktionsspaltung. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Abgeordneten des Kreises, Genossen Sachse, hatte der Vorsitzende der Wahlkreisorganisation, Redakteur Genosse Franz, das einleitende Referat übernommen. Nach dem Referate folgte eine äußerst lebhafte Debatte, als deren Ergebnis folgende Resolution einstimmige Annahme fand:

„Die Parteigenossen und -genossinnen des Wahlkreises Waldenburg bekräftigen erneut das Bekenntnis, daß sie mit der Haltung der Mehrheit unserer Reichstagsfraktion einverstanden sind. Sie bedauern das Ausscheiden eines Teiles der Fraktionsmitglieder aus der gemeinsamen Kampflinie und die Konstituierung als besondere Arbeitsgemeinschaft. Hierin erblicken die Versammelten eine Gefährdung der so dringend notwendigen Einheit der Arbeiterbewegung, die gerade im Hinblick auf die großen zukünftigen Aufgaben unerläßlich ist.

Die versammelten Genossen und Genossinnen geloben, allen Versuchen, die vollzogene Fraktionsspaltung auf die Parteiorganisation zu übertragen, entschieden zu wehren und die innere Einheit und Geschlossenheit der Partei zu erhalten. Die Fraktion wird ersucht, gegen die Mißstände in der Lebensmittelversorgung energisch Front zu machen und für eine gerechtere Verteilung derselben einzutreten."

Das eigene Programm der Parteiopposition.

In seiner Darstellung der Duisburger Vorgänge hatte der Parteivorstand erklärt, daß, wie der Braunschweiger „Volksfreund" schrieb, eine Gruppe der Parteiopposition sich auf einer aus allen Teilen des Reiches beschickten Konferenz ein eigenes Programm gegeben hätte und sich bei ihrer politischen Betätigung durch nichts als durch dieses Programm gebunden erachte.

Darauf entgegnet jetzt der Braunschweiger „Volksfreund":

Der Parteivorstand will glauben machen, die Opposition habe ein Programm, das im Gegensatz stehe zum Erfurter Programm. Er kann das nur vermittelst einer Sophistik, vor der die Protagoraße des antiken Athen vor Neid erblassen müssen. Deshalb stellen wir fest, — in der Sicherheit von keinem einzigen Mitglied der gesamten Opposition darin widersprochen zu werden —, daß das Erfurter Parteiprogramm als die theoretische und praktische Grundlage von der gesamten Opposition anerkannt wird. Aber das „Programm" der „Internationale"? Es sind Leitsätze, die nicht nur nicht im Widerspruch zum Erfurter Programm stehen, sondern die seine Anwendung auf die taktischen Probleme der gegenwärtigen Situation bilden. Sie sind Aktionsprogramme für eine bestimmte Situation und für bestimmte taktische Probleme, aber sie sind kein Parteiprogramm. Das ist für jeden klar, der sich die Mühe genommen hat, sie zu lesen. Mit genau demselben Recht könnte der Parteivorstand etwa die Wurmschen Leitsätze zur Steuerfrage von 1913 für ein „neues Programm", im Sinne eines neuen Parteiprogramms erklären. Damit ist dieser sophistische Trick, der auf dem kleinen Wörtchen „Programm" eine Riesenpyramide des Unsinns balanciert, erledigt.

Die Bindung an diese taktischen Leitsätze bedeutet die Bindung an das Erfurter Programm, die nationalen und internationalen Parteitagsbeschlüsse. Die Ablehnung anderer Bindungen bedeutet, daß Beschlüsse, die dem Parteiprogramm und den Beschlüssen der nationalen und internationalen Kongresse widersprechen, nicht als verpflichtend angesehen werden. Das ist in einer Nußschale der Sinn der Sache.

Aus Industrie und Handel.

Die Einzahlungen auf die vierte Kriegsanleihe betrugen bis zum 7. April 6889,4 Millionen Mark gleich 64,3 Proz. der Gesamtzeichnung. Die Darlehnskassen, die bis zum 31. März mit 118,7 Millionen Mark für die Zwecke der vierten Kriegsanleihe in Anspruch genommen waren, hatten bis zum 7. April Darleben für die vierte Kriegsanleihe in Höhe von 139,7 Millionen Mark gewährt.

Wirtschaftliche Not in Spanien.

Der „Times" vom 5. April wird aus Madrid berichtet: In den Provinzen Catalonia und Valencia, ferner in La Union (bei Cartagena) und Logronno (am Ebro) haben sich ernste wirtschaftliche Unruhen ereignet, die durch hohe Preise und Arbeitslosigkeit verursacht sind. Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden gegen England verwertet; anonyme Schriften laufen in Bilbao, Vigo und anderen Orten um, die alle diese Nöte England zur Last legen, und in Saragossa sind Plakate des gleichen Inhalts verbreitet worden. Die Notlage in Spanien ist tatsächlich nicht zu leugnen; sie läßt sich auch durch Einfuhr von außerhalb nicht bessern, da die Frachten steigen und die britische Bannwarenpolitik den ganzen spanischen Handel hemmt. Der spanische Weinbau ist durch den schlimmen Mangel an Kupfervitriol in seiner Existenz bedroht, und es wäre an der Zeit, wenn England dafür sorgte, seine Vorräte von diesem Stoff mit Spanien zu teilen. Aus Mangel an britischer Dampfkohle haben ferner manche Hochöfen, Gießereien und Fabriken ihren Betrieb geschlossen und andere ihn einschränken müssen. Es ist ein geringer Trost für die Betroffenen, daß andere Industrien, nämlich solche, die für Lieferungen an den Verband arbeiten, Kohle bekommen. Auch die Fischer von Santona in Santander können ihre Fischdampfer nicht ausschicken, da es an Kohlen fehlt. Die spanische Industrie braucht für die nächsten zwölf Monate eine Einfuhr von $1^1/_2$ Millionen Tonnen, die nur England liefern kann.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Heute Mittwoch, den 12. April: Zahlabend in Groß-Berlin.

Erwiderung.

Die gestrige Erklärung des Parteivorstandes nötigt uns zu einigen Feststellungen:

Der Parteivorstand behauptet, daß er nicht die Rechte der Redaktion und der Berliner Parteigenossen beschränken, sondern lediglich die Meinungsfreiheit im Zentralorgan zur Geltung bringen wolle. Die Parteigenossen hätten das Recht, beide Teile zu hören, um sich ein Urteil bilden zu können, und deshalb müsse verlangt werden, daß neben der Minderheit die Mehrheit ausreichend zum Worte komme.

Was heißt ausreichend? Es genügt dem Parteivorstand nicht, daß der „Vorwärts" Zuschriften und Entgegnungen der Mehrheitsvertreter gebracht hat, soweit ihm die Möglichkeit gegeben war, der Zensur wegen seine Auffassung denen der Einsender entgegenzusetzen. Es genügt ihm nicht, daß Cunow allein im „Vorwärts" einige dreißig Artikel veröffentlichen konnte, obwohl deren Inhalt meist im Gegensatz zur Redaktionsauffassung stand und obwohl dadurch Cunow ein größeres Recht eingeräumt wurde, als es jedem anderen „Vorwärts"-Redakteur als Einzelperson von der Gesamtredaktion eingeräumt wurde. Der Parteivorstand verlangt mehr. Seinen Ansprüchen würde es etwa entsprechen, wenn der Mehrheit 50 Prozent des Raumes zur Verfügung gestellt würden, während der Redaktion der Rest verbliebe. Das aber wäre eine in der Parteigeschichte unerhörte und in der Presse beispiellose Einschränkung der Rechte der Redaktion und der Berliner Genossen, als deren Organ der „Vorwärts" seit jeher in erster Linie betrachtet wurde.

Daß wir die ganz klaren Bestimmungen der §§ 24 und 25 des Organisationsstatuts mit Recht für uns geltend gemacht haben, beweist schon die Tatsache, daß die Preßkommission sich völlig auf den Standpunkt der Redaktion gestellt hat. Der Parteivorstand erkennt denn auch selbst die völlige Unhaltbarkeit seiner Argumentation dadurch an, daß er sich nunmehr auch auf den § 19 des Organisationsstatuts beruft. Dieser § 19 aber lautet, soweit er sich auf die Presse bezieht, ebenso bündig wie unzweideutig:

„Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane."

Gegenüber dem „Vorwärts" als Zentralorgan ergibt sich also aus diesem § 19 nicht das mindeste Sonderrecht. Ganz abgesehen davon, daß gerade die Haltung des „Vorwärts" den Prinzipien der Sozialdemokratie, wie sie durch das Programm, durch Parteitags- und internationale Kongreßbeschlüsse festgelegt worden sind, vollständig entspricht. Ueber strittige Auslegung hat einzig der Parteitag zu entscheiden, und auch der erst nach vorhergegangener freiester und gründlichster Aussprache in Presse und Parteiversammlungen. So wenig der Parteivorstand ein Recht hat, auf Grund des § 19 etwa der „Leipziger Volkszeitung" Vorschriften über die Redaktionsführung zu machen, so wenig steht ihm unter Berufung darauf ein Recht gegenüber dem „Vorwärts" zu.

Käme es aber dem Parteivorstand wirklich darauf an, der Meinungsfreiheit, der Parität in der Meinungsvertretung in der Presse freie Bahn zu schaffen, so böte sich ihm gerade gegenüber den Parteiblättern, die die Auffassung der Mehrheit vertreten, der weiteste Spielraum seines Betätigungsdranges.

Die Methode des Parteivorstandes, die Einigkeit der Partei zu wahren, bleibt danach die denkbar unglücklichste und verhängnisvollste. Gerade eine Gewaltpolitik, die mit Zwangsmitteln, wie sie in Stuttgart und auch in Duisburg angewendet wurden, die Meinungsfreiheit zu erdrosseln und die Rechte der Parteiorganisationen auszuschalten sucht, muß zur Vertiefung und Verbitterung der Parteidifferenzen, zur Zerrüttung der Partei führen. Aber wir hegen die Zuversicht, daß die Berliner Genossen diesem Treiben einen Riegel vorzuschieben wissen werden.

* * *

Damit ist zunächst die Angelegenheit, soweit wir selbst in Betracht kommen, für uns an dieser Stelle erledigt. Wir wollen uns durch die herausfordernden Erklärungen des Parteivorstandes, Cunows usw. nicht dazu bestimmen lassen, den „Vorwärts" den Berliner Parteigenossen durch endlose Auseinandersetzungen zu verleiden. Was wir zur Begründung unseres guten Rechtes zu sagen hatten, haben die Genossen lesen und sich darüber ein Urteil bilden können. Was wir sonst noch zu sagen haben, werden wir in den zuständigen Körperschaften der Berliner Parteiorganisationen sagen.

Die Redaktion des „Vorwärts".

Die Kriegsgewinnsteuer

vor der Budgetkommission des Reichstags.

Die Debatte wird fortgesetzt bei der Frage, ob wertvolle Sammlungen der Kriegsgewinnsteuer unterliegen sollen. Von den Sozialdemokraten wird beantragt, auch Kunstgewerbe-Gegenstände einzubeziehen. Ein Redner der Deutschen Fraktion beantragt, daß Perlen und Edelsteine bereits im Werte von 500 M. der Besteuerung unterliegen. Bei der Abstimmung wird der Antrag, das Kunstgewerbe einzubeziehen, abgelehnt; Sammlungen einzubeziehen, wird angenommen. Der Antrag Südekum, die Steuerpflicht bereits eintreten zu lassen, wenn der Anschaffungspreis des einzelnen Gegenstandes 500 M., mehrerer Gegenstände zusammen 1000 M. beträgt, wird angenommen. Absatz 3 des § 5, der die Werke in Deutschland lebender Künstler freilassen will, wurde gestrichen; sonst fand der Paragraph Annahme.

§ 7 bestimmt, daß die Abgabe nur erhoben wird, wenn der Vermögenszuwachs den Betrag von 3000 M. übersteigt. Die Nationalliberalen beantragen, zu setzen: 10 000 M., das Zentrum will sagen: 1000 M. Bei der Abstimmung wird die Vorlage mit dem Antrag Giesberts, die untere Grenze auf 1000 M. zu bemessen, angenommen.

§ 8 sieht vor, daß 1. Vermögen unter 6000 M. der Veranlagung nicht unterliegen, auch wenn darin ein Vermögenszuwachs vorliegt; 2. beträgt das Vermögen am Ende des Veranlagungszeitraumes nicht mehr als 9000 M., so unterliegt der nach § 7 abgabepflichtige Vermögenszuwachs nur insoweit der Abgabe, als durch ihn ein Vermögensbetrag von 6000 M. überschritten wird.

Dazu beantragen die Fortschrittler, die Summe des Vermögens, bei der die Steuer beginnen soll, auf 10 000 M. festzusetzen. — Der Antrag wird abgelehnt und der Absatz 1 des § 8 in der Fassung der Vorlage angenommen. Absatz 2 kommt in Wegfall.

§ 9 enthält folgende Staffelung der Abgabe:

für die ersten	20 000 M. des Vermögenszuwachses	5 Proz.
„ „ nächsten angefangenen oder vollen	30 000 M.	6 „
„ „ „ „ „ „	50 000 „	8 „
„ „ „ „ „ „	100 000 „	10 „
„ „ „ „ „ „	300 000 „	15 „
„ „ „ „ „ „	500 000 „	20 „
„ „ weiteren Beträge		25 „

Dazu liegen eine Anzahl Anträge vor. Das Zentrum beantragt, unter Beibehaltung dieser Sätze den folgenden § 10, der mit zur Beratung steht, zu fassen:

„Einkommen, welche in den drei Jahren 1914, 1915, 1916 zusammengerechnet den Betrag von 15 000 M. nicht übersteigen, und Mehreinkommen, welche den Betrag von 3000 M. nicht übersteigen, unterliegen der Abgabe nicht."

Die Nationalliberalen beantragen:

„Hat der Steuerpflichtige ein nach den §§ 11 bis 19 berechnetes Mehreinkommen gehabt, so wird von diesem Mehreinkommen eine weitere Abgabe unter Zugrundelegung der Sätze des § 9 erhoben."

Die Sozialdemokraten beantragen:

Die Abgabe beträgt:

für die ersten	10 000 M.	des Vermögenszuwachses	10 Proz.
„ „ nächsten	10 000 „	„ „	15 „
„ „ „	30 000 „	„ „	20 „
„ „ „	50 000 „	„ „	25 „
„ „ „	100 000 „	„ „	30 „
„ „ „	300 000 „	„ „	32½ „
für die weiteren Beträge			35 „

Ein fortschrittlicher Antrag unterscheidet sich nicht wesentlich von der Skala der Regierungsvorlage.

Staatssekretär Helfferich verteidigt die Vorlage der Regierung, die eigentlich eine reine Vermögenszuwachssteuer darstellt. Das Zentrum will noch eine Einkommenszuwachssteuer anfügen. Damit verlasse man den Boden, auf dem das Steuersystem des Reiches aufgebaut ist. Der Vorzug der Vorlage ist, daß sie ohne Unterschied jeden trifft, der während des Krieges sein Vermögen vermehren konnte.

Abg. Stolten: Es ist richtig, an das Gesetz mit dem Gedanken heranzutreten, herauszuholen, was herauszuholen ist. Der vom Zentrum vorgeschlagene Weg erscheint aber nicht ohne Bedenken. Besser ist es, die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze zu erhöhen. Diesen Weg zu betreten, schlagen daher die Sozialdemokraten vor. Soll das Gesetz die erhofften Einnahmen bringen, dann muß die Steigerung bereits bei den unteren Stufen einsetzen. — Abg. Dr. David betont, daß der Antrag des Zentrums so weitgehend ist, daß seine Tragweite momentan noch gar nicht zu übersehen ist. — Abg. Graf Westarp erblickt in dem Antrag des Zentrums und der Nationalliberalen den ersten Schritt zur Reichseinkommensteuer. Diesen Schritt machen wir unter keinen Umständen mit. Ein Schritt kommt zum andern und führt zu einem Ziel, das wir bekämpfen.

In der Nachmittags-Sitzung drehte sich der Streit um Folgendes: Nach der Regierungsvorlage, § 10, soll nur der aus dem Mehreinkommen stammende Vermögenszuwachs gefaßt werden. Hat z. B. jemand 50 000 M. Mehreinkommen gehabt und es verjubelt, dann entsteht natürlich kein Vermögenszuwachs und die Steuer ist dann von diesem Mehreinkommen nicht mehr greifbar. Zentrum und Nationalliberale bezwecken mit ihren Anträgen, das Mehreinkommen direkt zu fassen, ohne Rücksicht darauf, ob es ganz oder zum Teil oder gar nicht zur Bildung eines Vermögenszuwachses gedient hat. Zwischenhinein spielte noch die Frage des Veranlagungsmodus eine Rolle. Nach § 18 soll nämlich die oberste Landes-Finanzbehörde bestimmen, welche Einkommensteuerveranlagung für die Einschätzung maßgebend ist. — Abg. Westarp (k.) führte u. a. aus: Bei der Landwirtschaft sind zweifellos große Wertminderungen eingetreten. — Von verschiedenen Seiten, namentlich auch vom Abg. Wurm (Soz. Arbg.), wurde diesen Ansichten wiederholt entgegengetreten. Wurm bekämpfte sehr lebhaft die Einwände, die gegen die Besteuerung des Mehreinkommens erhoben worden sind. Von einer Wertminderung bei der Landwirtschaft kann deshalb schon nicht viel die Rede sein, weil die hohen Preise auch nach dem Kriege bleiben. — Abg. Erzberger führt aus, daß das Mehreinkommen auch dann besteuert werden muß, wenn ihm eine Vermögensminderung gegenübersteht. Das Gesetz in seiner jetzigen Form würde eine ganze Menge Leute nicht treffen, die ganz erhebliche Gewinne gemacht haben. Die Streitfrage kann nur sein, wie man die Gewinne am zweckmäßigsten feststellt. — Staatssekretär Helfferich: Die Regierung verfolgt das Prinzip, die am Ende des Jahres 1916 vorhandenen Gewinne zu erfassen. Diesen Boden verlassen die Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen. Die Annahme dieser Anträge würde so tief in die Vermögenssubstanz eingreifen, daß mit der Möglichkeit des Scheiterns des Gesetzes gerechnet werden muß. — Abg. Dr. Südekum bezeichnet es als unmöglich, der obersten Landesfinanzbehörde es zu überlassen, zu bestimmen, welche Steuerveranlagung maßgebend sein soll. Eine Uebersicht darüber ist zweifellos bereits fertig; sie muß der Kommission vorgelegt werden. Wie soll es z. B. in Mecklenburg gemacht werden? — Staatssekretär Helfferich erklärt, daß eine solche Liste nicht vorhanden sei. Die Bestimmungen der Deklaration, die der Veranlagung zugrunde gelegt wird, können nur von den Bundesstaaten getroffen werden. — Gegenüber anderen Einwänden stellt Abg. Müller-Fulda fest, daß die neue steuerliche Belastung 1. nur das Mehreinkommen trifft und daß 2. die Sätze doch sehr minimal sind. — Von einem Vertreter der bayerischen Regierung wird sodann erklärt, Bayern betrachte es als eine Existenzfrage, daß das Reich keine direkten Steuern einführt. — Abg. Stresemann vertritt nochmals den nationalliberalen Antrag und hebt hervor, daß es doch kein Opfer sei, wenn jemand, der 100 000 M. Mehreinkommen hatte, nunmehr 8000 M. Steuern bezahlen muß. Man könne unmöglich den Verschwender freilassen, weil er nichts mehr hat, aber den Sparsamen dafür um so kräftiger besteuern. Fälle von Einkommensvermehrens unter gleichzeitiger Vermögensverminderung werden ziemlich selten sein. — Abg. Gröber weist den Vertreter der bayerischen Regierung darauf hin, daß das Reich nur das Mehreinkommen und den Vermögenszuwachs fassen wolle, beides Dinge, die in den einzelstaatlichen Einkommensteuergesetzen gar nicht berührt sind.

Bei der Abstimmung wird der nationalliberale Antrag mit großer Mehrheit angenommen; damit ist der § 10 in der Fassung der Regierungsvorlage gefallen und der Antrag des Zentrums erledigt. Nach diesem Beschluß ist also das Mehreinkommen direkt als solches zu besteuern.

Am Mittwoch wird die Steuerskala beraten werden.

Der Frachturkundenstempel

in der Kommission des Reichstags.

Die zur Beratung der Vorlage über den Frachturkundenstempel eingesetzte Kommission tagte am Dienstag. Bisher wird nur von Wagenladungen ein Frachturkundenstempel erhoben, der etwa 17 Millionen Mark bringt. Diesen Stempel will die Vorlage so stark erhöhen, daß er einen Mehrertrag von 45 Millionen Mark bringt. Daneben soll auch der bisher stempelfreie Stückgutverkehr mit einem Frachturkundenstempel belastet werden, der 35 Millionen Mark bringen soll. Zusammen soll also aus dem Frachturkundenstempel eine Mehreinnahme von 80 Millionen Mark gewonnen werden.

Der Berichterstatter Neuhaus (S.) stellte sich prinzipiell auf den Boden der Vorlage, beanstandete aber die Gestaltung der Steuersätze im einzelnen. Gemeinsam mit den Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittlern stellt er den Antrag, von Frachturkunden über Frachtstückgut und Expreßgut 10 Pf. (statt 15 Pf. nach der Vorlage), über Eilstückgut 20 Pf. (statt 30 Pf.) zu erheben. Der Stempel für Wagenladungen, der zurzeit bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 M. sich auf 20 Pf., bei höheren Beträgen sich auf 50 Pf. beläuft, soll nach der Vorlage auf 1 M. bzw. 2 M., bei Eilgut auf 1,50 M. bzw. 3 M. erhöht werden. Der erwähnte Antrag schlägt vor, den Stempel nach den Tarifnummern des Gütertarifs abzustufen in der Weise, daß erhoben werden von Wagenladungen des Rohstoffausnahmetarifs 1 M., des Spezialtarifs III 2 M., des Spezialtarifs II 3 M., des Spezialtarifs I 4 M. Bei Entfernungen bis 50 Kilometer sollen sich die Sätze auf die Hälfte ermäßigen. Die Steuersätze für Eilgut in Wagenladungen sollen sich um die Hälfte der Sätze für Frachtgut in Wagenladungen erhöhen. Wenn das Ladegewicht des Wagens weniger als 10 Tonnen beträgt, sollen sich die Steuersätze auf die Hälfte ermäßigen. Die Milchbeförderung bleibt nach der Vorlage und nach dem Antrag abgabenfrei. Der Antrag spricht ferner aus, daß die Aufhebung des Frachturkundenstempels spätestens nach Ablauf des zweiten Rechnungsjahres nach Friedensschluß erfolgen muß, wenn der Reichstag es fordert. Die finanzielle Wirkung des Antrages der bürgerlichen Parteien besteht darin, daß statt 80 Millionen zirka 100 Millionen Mehreinnahme erzielt wird.

Abg. Carstens (Vp.) befürwortet diesen Antrag und empfiehlt zugleich, den Stempel auch auf Schiffsfrachten auszudehnen, die die Vorlage während der Kriegsdauer schonen will. — Unterstaatssekretär Jahn vom Reichsschatzamt bezweifelt, ob der neue Antrag die Summen, die herausgerechnet worden sind, bringen werde. Es frage sich auch, ob man mit dem Stempel auf die Schiffsfracht nicht mit bestehenden Verträgen in Widerspruch gerate.

Abg. Antrick (Soz.) weist auf die schwere Belastung hin, die dem Handel und der Industrie durch die Vorlage aufgebürdet werde. Wenn man Geld brauche, was niemand bestreite, solle man es nehmen, wo es in großen Summen zu finden sei. Die Einbeziehung der Schiffahrt lehne die Sozialdemokratie ebenso entschieden ab wie den ganzen Frachturkundenstempel. — Ein Vertreter der Eisenbahnverwaltung räumt ein, daß die Vorlage für manche Betriebe eine Belastung um viele Tausende bringe, aber das Geld sei eben notwendig und bei der vorgesehenen Belastung werde eine Verschiebung in den Wettbewerbsbedingungen nach Tunlichkeit vermieden. Die Entfernungsgrenze von 50 Kilometern lasse sich praktisch kaum durchführen. — Abg. Bernstein (Soz. Arbg.) schließt sich der Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion in der Ablehnung dieser Vorlage sowohl als in den von ihr grundsätzlich zur Kriegsgewinnsteuer gemachten Vorschlägen an. Dem Verlangen nach Freilassung der nichtöffentlichen Bahnanlagen großer Unternehmungen könne er nicht zustimmen.

Abg. Wiemer (Vp.) gibt die Berechtigung der grundsätzlichen Ablehnung der Sozialdemokratie zu, will aber die Vorlage als Kriegsmaßnahmen in Kauf nehmen. Nach Friedensschluß werde der Verkehr wohl noch schärfer herangezogen werden. Den Schiffahrtsverkehr solle man zurzeit vom Stempel freilassen.

Abg. Buck (Soz.): Die von sachverständigen Interessentenkreisen eingereichten Petitionen bestärken uns in unserer ablehnenden Haltung. Die Hoffnung auf baldige Wiederaufhebung der Verkehrssteuern müsse man nach den Ausführungen der Regierungsvertreter begraben. Man solle warten, ob nicht die Budgetkommission andere, gerechtere Einnahmen beschaffen werde. Die Gemeinden z. B. würden für die Kohlenzufuhr, die Müll-, die Fäkalienabfuhr, den Transport von Baumaterialien, z. B. für den Wiederaufbau Ostpreußens, große neue Lasten tragen müssen. Namentlich die geringwertigen Frachtgüter würden unverhältnismäßig hoch belastet.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der bürgerlichen Parteien in allen Teilen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Für die Befristungsbestimmung stimmen auch die Sozialdemokraten. Einstimmig wird der in der Regierungsvorlage vorgesehene Stempel für Sendungen im Sammelladungsverkehr der Spediteure, der bei einem Frachtbetrag bis 50 Pf. 5 Pf., bei höheren Beträgen auf 10 Pf. bemessen war, gestrichen. Angenommen wird noch ein Antrag Warmuth, wonach der erhöte Stempel auch zu bezahlen ist bei Lieferungsverträgen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen sind, aber über diesen Zeitpunkt hinaus laufen.

Die Fleischversorgung in Berlin.

Die Fleischversorgung in Berlin wird in folgenden Formen vor sich gehen:

Was auf Berlin nach erfolgter Auseinandersetzung mit den Nachbargemeinden entfällt, wird auf die einzelnen Viehkommissionäre gleichmäßig verteilt und diese wiederum haben an die einzelnen Großschlächter das ihnen überwiesene Vieh zu bestimmten festgesetzten Preisen abzugeben. Die Verteilung auf die einzelnen Großschlächter geschieht in der Weise, daß jeder Großschlächter nach Maßgabe seiner früheren Schlachtungen das an jedem Markttage vorhandene Vieh anteilmäßig erhält. Die Großschlächter dürfen das Fleisch nur an Berliner Betriebe abgeben und werden bei der Abgabe an bestimmte Großhandelspreise gebunden.

Es wird ferner dafür Vorsorge getroffen werden, daß die Großschlächter das Fleisch nicht nur an bestimmte Kunden abgeben können, daß vielmehr eine möglichst gleichmäßige Verteilung des Fleisches auf die einzelnen Ladenschlächter in den verschiedenen Stadtgegenden erzielt wird. Die Großschlächter werden verpflichtet werden, über ihre Verkäufe Buch zu führen, auch wird die Abgabe von Fleisch an Ladenschlächter nur gegen Bezugsscheine zugelassen werden. Die Abgabe an den Konsumenten seitens der Ladenschlächter soll auf Grund von Ausweiskarten erfolgen, über deren Form und Inhalt die beteiligten Gemeinden demnächst noch Vereinbarung treffen werden. Auch für die Abgabe an den Verbraucher seitens des Ladenschlächters werden Höchstpreise festgestellt werden, soweit sie nicht, wie es bei Schweinefleisch der Fall, schon bestehen. Die Regelung wird in Kürze in Kraft treten. Die Großhandelspreise für Rindfleisch sind nach Vereinbarung der in Betracht kommenden Gemeinden, wie folgt festgesetzt:

Gewicht des Tieres Zentner:	Preise für den Zentner Schlachtgewicht:
11 und mehr	200 Mark
10	194 „
9	188 „
8	182 „
7	176 „
6	170 „
5	164 „
4	158 „
3	152 „

Die Kleinhandelspreise für Rindfleisch betragen:

Für Lende	3,— Mark
„ Talg	3,— „
„ schieres Fleisch	2,80 „
„ Roastbeef	2,70 „
„ Keule ohne besondere Knochenbeilage	2,60 „
„ Fehlrippe, Brust, Kamm, Bug	2,30 „
„ Suppenfleisch	1,90 „
„ Knochen	0,50 „

Die Großhandelspreise für Schweinefleisch sind wie folgt festgesetzt:

für ein Schwein im Schlachtgewicht von						
unter 87	Pfund	für den	Zentner	116	Mark
88—104	„	„	„	122	„
105—120	„	„	„	128	„
121—129	„	„	„	140	„
130—156	„	„	„	151	„
157—174	„	„	„	163	„
175—192	„	„	„	170	„
193—227	„	„	„	176	„
über 228	„	„	„	182	„
für eine Sau oder einen Eber im Schlachtgewicht von					
über 240	Pfund	für den	Zentner	160	Mark
193—240	„	„	„	154	„
bis 192	„	„	„	134	„

Meldepflicht von Oelfrüchten.

Nach der „Verordnung des Bundesrats vom 15. Juli 1915 über den Verkehr mit Oelfrüchten und den daraus gewonnenen Produkten" sind die aus Raps, Rübsen, Hederich und Ravison, Dotter, Mohn, Lein und Hanf der inländischen Ernte gewonnenen Früchte (Oelfrüchte) meldepflichtig. Dies gilt nicht für Vorräte, die in der Hand desselben Eigentümers insgesamt 10 Kilogramm nicht übersteigen. Wer Oelfrüchte jener Arten in Gewahrsam hat, hat die vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern, unter Nennung der letzteren, zu melden. Gleichzeitig hat der Lieferungspflichtige anzugeben, von welchem Zeitpunkte ab er zur Lieferung bereit ist.

Die Meldungen haben bis zum 20. April dieses Jahres an das Militärbureau des Magistrats, Berlin C 2, Klosterstraße 68, zu erfolgen.

Aus Groß-Berlin.

Eine Gemüsetrocknungsanlage für Berlin.

Das harte Muß der Kriegszeit zwingt zur Ausführung manches Planes, der in Friedenszeiten nicht vorwärts kommen wollte. Auch die Frage einer besseren Verwertung des Gemüses der Berliner Rieselfelder soll jetzt ihrer Lösung näher gebracht werden. Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung den Plan vor, eine Gemüsetrocknungsanlage zu schaffen, die den Gemüseüberfluß der Rieselfelder konservieren soll. In der Begründung weist er darauf hin, daß gerade in der jetzigen Kriegszeit alle für die Ernährung der Bevölkerung brauchbaren Erzeugnisse der Landwirtschaft restlos verwertet werden müssen. Früher habe in fruchtbaren Jahren sich nicht immer verhindern lassen, daß größere Mengen des Gemüses der Rieselfelder mangels Nachfrage verdarben, und auch in den Markthallen sei das wiederholt vorgekommen. Durch eine Trocknungsanlage könne man solche Verluste vermeiden und diese großen Werte nutzbar machen, wie es in anderen Städten bereits mit Erfolg geschehen sei. Die Anlage soll nicht nur der Bevölkerungsernährung zugute kommen, sondern auch dem Vorteil der Pächter von Rieselland dienen, denen sie eine volle Ausnutzung ihrer Gemüseernten gewährleistet. Die Verwaltung der Rieselgüter legt großes Gewicht auf die Verpachtung von Land zum Gemüsebau, weil sie von einer Mehrung dieser Kleinpachten auch eine Steigerung des Ertrages der Rieselgüter erwartet. In den letzten zehn Jahren haben die Kleinpachten für Gemüsebau sich bereits verdoppelt, so daß sie heute etwa 2500 Hektar (10 000 Morgen) umfassen. Berlin wird in fruchtbaren Jahren mehrere Monate hindurch fast nur aus dem Gemüsebau der Rieselländer mit frischem Gemüse versorgt, aber dennoch müssen manchmal noch beträchtliche Gemüsemengen verderben, weil der Ueberfluß sich auf die kurze Sommerzeit zusammendrängt. Diesem Uebelstand soll die Trocknungsanlage abhelfen, die eine Konservierung der überschüssigen Gemüsemengen ermöglichen wird. Nach dem Plan des Magistrats soll sie eingerichtet werden im Anschluß an die Gasanstalt in der Danziger Straße, wobei Abwärme, die sonst ungenutzt bleibt, verwertet werden kann. Die Kosten der Anlage, die auch zur Trocknung von Kartoffeln, Rüben, Obst und Getreide zu benutzen ist, sind auf 250 000 M. veranschlagt. Schon die Höhe der Kosten macht es notwendig und selbstverständlich, daß dieses Kind des Krieges den Krieg überdauert. Der Magistrat hebt hervor, daß die Einträglichkeit der Anlage auch im Frieden gesichert erscheint.

Aus der Armenverwaltung.

Die Armendirektion hielt nach zwei Monaten wieder einmal am Montag eine Sitzung ab. Zwei wichtige Anträge beschäftigten sich mit der Erhöhung der Pflegegeldsätze für die Kinder unterstützungsbedürftiger Frauen und Witwen.

Unsere Genossen forderten, die Sätze auf 12 M. zu erhöhen, welche ohne Genehmigung des Armenkreises gewährt werden können.

Der 24. Armenkreis wünscht die Festsetzung der Minimalgrenze auf 10 M.

In der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß noch in sehr vielen Fällen ein Pflegegeld von unter 10 M., ja herab bis zu 6 M. pro Monat gewährt würde; mit solchem Betrage sei es unmöglich, ein Kind zu erhalten. Die Lebensmittel hätten unerschwingliche Preise angenommen, so daß sich viele Frauen mit ihren Kindern in großer Not befinden. Es sei endlich Zeit, daß mit diesen alten Sätzen, welche schon vor 20 Jahren unzureichend waren, aufgeräumt werde. Die Waisenverwaltung habe bereits vor 6 Monaten eine erhebliche Erhöhung der Pflegegeldsätze vorgenommen; ebenso seien die Beträge für die Kriegerfamilien wiederholt erhöht worden.

Für die Armenverwaltung kommen nach dem Bericht von 1915 über 13 000 Kinder in Betracht. Von diesen erhalten ein Pflegegeld von

6 M.	612	Kinder
über 6 M. bis 7 M. 50 Pf.	682	„
„ 7 M. 50 Pf. bis 9 M.	5 370	„
„ 9 M.	6 887	„
Zusammen	13 551	Kinder

Selbst die bürgerlichen Mitglieder waren erstaunt, daß noch für eine solch' hohe Zahl von Kindern so niedrige Pflegegeldsätze gezahlt würden. Trotzdem lehnte die Mehrheit den Antrag auf Festsetzung einer Minimalgrenze von 10 M. ab; dagegen wurde der Antrag unserer Genossen mit großer Mehrheit angenommen.

Jetzt liegt es in der Hand der Armenkommissionen, von dieser Erhöhung Gebrauch zu machen; hoffentlich tragen sie mehr wie bisher den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung.

Eine größere Zahl von privaten Krankenanstalten und Heilstätten fordern Erhöhung der Kurkosten von 3 M. auf 3 M. 50 Pf. Auch hierbei wird auf die herrschende Teuerung hingewiesen. Es wurde beschlossen, von Fall zu Fall die Erhöhungen zu bewilligen. Bei dieser Gelegenheit wurde bekannt gegeben, daß namentlich für Geschlechtskranke private Anstalten in Anspruch genommen würden, da die Betten im Obdach und Virchow-Krankenhause nicht ausreichten.

Einer unserer Genossen forderte unter großer Heiterkeit den Vorsitzenden der Armendirektion, Stadtrat Doslein, auf, sich mit dem Vorsitzenden des Obdachs — dies ist auch derselbe Herr Stadtrat — in Verbindung zu setzen, damit endlich das vor 25 Jahren gegebene Versprechen, ein eigenes Geschlechtskrankenhaus zu errichten, vom Magistrat eingelöst würde. Die Zusage gab der Herr Stadtrat nicht, die haltlosen Zustände bleiben also weiter bestehen. Auch die Hebammen, welche für die Stadt tätig sind, bitten um Erhöhung ihrer Gebühren. Es wurde beschlossen, die Sätze für eine Entbindung von 15 M. auf 20 M. zu erhöhen.

Keine neue Gemeindewählerliste. Auf Grund der Königlichen Verordnung vom 7. Juli 1915, betreffend Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer, haben die Gemeindebehörden beschlossen, daß von einer Berichtigung sowie Auslegung der Liste der stimmfähigen Bürger Berlins (Gemeindewählerliste) für das Jahr 1916 abgesehen und bei etwaigen Ersatzwahlen zur Stadtverordnetenversammlung die letzte endgültige Liste zugrunde gelegt wird.

Der Frauenmord aufgeklärt.

Von ihrer Freundin ermordet.

Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Tatort der grausigen Mordtat zu entdecken und auf die Spur des Urhebers zu kommen. In einem Damenfrisiersalon in der Elsasser Straße 17/18 hat das mit der Ermordeten befreundete frühere Küchenmädchen Helene Bahl, die am 26. November 1894 in Spandau geboren ist, der Martha Franzke nach voraufgegangenem Streit mit einem Rasiermesser die tödlichen Verletzungen beigebracht, die Leiche in den Reisekorb gepackt und diesen unter Beihilfe einer anderen Frauensperson von einem herbeigerufenen Dienstmann nach dem Stettiner Bahnhof schaffen lassen. Helene Bahl ist seit demselben Tage, an dem sie die Tat verübte — es war der 16. März — verschwunden. Inhaberin des Friseurgeschäfts ist die Friseurin Johanna Ullmann, die das Geschäft ihres im Felde stehenden Geliebten unter dem falschen Namen Elsner weiter betrieb.

Wir erfahren über das Verbrechen noch das Folgende: Martha Franzke und Helene Bahl hausten zusammen in einer Stube im Hause Ackerstraße 85. Beide kannten sich schon seit Jahren von einer Gastwirtschaft im Rosenthaler Stadtviertel her, wo die Franzke Köchin und die Bahl Abwaschmädchen war. Es entspann sich zwischen ihnen ein perverses Freundschaftsverhältnis, das dadurch öfter getrübt wurde, daß die Franzke auf die Bahl wegen deren Zuneigung zu Männern sehr eifersüchtig war und ihre Freundin deswegen beschimpfte. In der Nacht zum 16. März kam die Bahl in den Frisierladen und sagte, sie könne nicht in die Wohnung der Franzke. Sie bat deshalb um ein Obdach für die Nacht und erhielt es. Die Friseurin kannte das Verhältnis zwischen den beiden und wußte, daß die Bahl seit einem „Krach" im Anfang März öfter von der Franzke weggeblieben war. Sie wußte auch, daß sie mit ihr brechen wollte. Die Bahl schlief dann die Nacht auf einem Ruhesofa in dem Friseurgeschäft. Am Morgen kam plötzlich die Franzke herein und suchte ihre Freundin, die einige Tage nicht mehr bei ihr gewesen war. Sie schimpfte wütend auf sie ein. Alle Beruhigungsversuche der Friseurin halfen nichts. Diese ging endlich weg, um zum Mittag einzukaufen. Beim Abschied meinte sie noch, die beiden würden sich dann später wieder vertragen. Als sie nach etwa einer Stunde mit der gefüllten Markttasche zurückkehrte, lag die Franzke blutüberströmt im Zimmer tot auf dem Fußboden. Sie war mit der Chaiselonguedecke, die man später im Reisekorb fand und die der Friseurin gehört, zugedeckt. Die Bahl hatte Blut am Gesicht und an den Händen. Auf die Frage der Friseurin, was sie da gemacht habe, antwortete sie, sie habe nicht anders gekonnt. Sie habe ein Rasiermesser genommen und sie kalt gemacht, sie werde alles wieder in Ordnung bringen. Nachdem sie sich gereinigt hatte, ging sie weg und kehrte nach einiger Zeit mit dem Reisekorb der Franzke zurück. Sie bat nun die Friseurin, später den Korb nach Stettin zu expedieren und konnte ihr dazu jetzt Geld geben, während sie kurz vorher nichts gehabt hatte. Dann nahm sie Scheuerlappen und Eimer und machte sich an die Reinigung des Zimmers, während die Friseurin nach dem Laden ging, um auf Kundschaft zu warten. Es kam auch eine Kundin namens Sonnenberg, um sich frisieren zu lassen. Die Bahl verhielt sich jetzt ganz still, erst nachdem die Kundin weg war, nahm sie den Korb und packte ganz allein, wie die Friseurin behauptet, die Leiche hinein. Nachdem sie ihn verschlossen hatte, bat sie die Ullmann, mit anzufassen und den Korb nach dem Laden zu bringen. Sie bat dann ferner die Friseurin, den Korb nach dem Stettiner Bahnhof zu bringen, von wo aus sie selbst mit ihm nach Stettin fahren wolle. Dann ging sie weg. Die Sonnenberg war durch die Mitteilung, der Korb enthalte die Wäsche der Bahl, neugierig geworden und kehrte nach dem Frisieren nach einiger Zeit noch einmal zurück. Jetzt bat die Ullmann sie, mit anzufassen, weil sie selbst den Korb nach dem Bahnhof schaffen wolle. Aber es ging auch mit Hilfe der Sonnenberg nicht, und nun mußte diese nach dem Bahnhof gehen und den Dienstmann holen. Als dieser mit dem Handwagen kam, halfen beide Mädchen, den Korb hinaufstellen. Die Ullmann allein begleitete hierauf den Dienstmann und kaufte diesem eine Fahrkarte vierter Klasse, damit er den Korb zur Beförderung aufgeben konnte. Nachdem dieses geschehen war, nahm sie die Karte wieder an sich und ging nach Hause. Die Bahl wollte die Fahrkarte abholen, um nach Stettin zu reisen, ließ sich aber nicht wieder sehen.

Diese Ermittelungen beruhen auf einem Geständnis der Friseurin Ullmann, zu der man durch den alten Dienstmann gekommen war, den die Kriminalpolizei als den Beförderer des Korbes ermittelt hatte. Ob die Ullmann die volle Wahrheit gesagt hat, steht wohl noch sehr dahin. Die weiteren Ermittelungen werden auch nach dieser Richtung wohl bald ganze Klarheit bringen. Nach der Bahl wird jetzt im ganzen Deutschen Reiche geforscht, wenn sie sich auch vielleicht noch in Berlin versteckt hält. An den Anschlagsäulen erscheint heute eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten, die die näheren Angaben über die Bahl und ihr Bild bringt. Auf ihre Ergreifung ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Der Verband der Kolonialwaren- und Delikatessen-Händlervereine Groß-Berlins beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage des Geschäftsschlusses am Sonntag in der Zeit zwischen 12 bis 2 Uhr und beschloß folgende Resolution: „In der heute (6. April) in den Geschäftsräumen Jägerstraße 22 stattgehabten Versammlung der Vorstände der eingeladenen Vereine hat der Vorstand des Verbandes der Kolonialwaren- und Delikatessen-Händlervereine Groß-Berlins einstimmig beschlossen, daß jeder einzelne Verein zu der Frage des Sonntagsschlusses von 12 bis 2 Uhr in den Monaten Mai bis September Stellung nimmt, und dafür eintritt, die Zweckmäßigkeit des Sonntagsschlusses eingehend darzutun, und dadurch ev. den freiwilligen Schluß der Geschäfte Groß-Berlins am Sonntag zwischen 12 und 2 Uhr herbeizuführen.

Dann wurde über die ungeheuren Zuckereinkäufe des Publikums verhandelt. Zur Klärung der Angelegenheit, ob ein Zuckermangel besteht, hielt Herr Hepner einen Vortrag über die Lage des Zuckermarktes. Er kam zu dem Schluß, daß wir im Mai oder spätestens Juni durch die große zu erwartende Zufuhr eine Regelung des Zuckerverbrauches haben werden, daß es aber besser sei, ohne Zuckerkarte durchzukommen. Bei der Debatte ergab es sich, daß viele der Anwesenden im Interesse der ruhigeren Abwickelung des Geschäfts für Einführung der Zuckerkarte seien. Demzufolge kam folgende Resolution zustande:

In Sachen der Zuckerknappheit beschließt der Verband, falls Zucker in der nächsten Zeit sich als so knapp erweist, daß ein wirklicher Mangel entstehen muß, und falls die Zufuhren sich nicht als ausreichend zur Beseitigung des Mangels erweisen, für die Einführung einer Zuckerkarte einzutreten.

Rechtsanwalt Bredereck verhaftet.

Von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen, wurde der ehemalige Rechtsanwalt Paul Bredereck, der seit Anfang August 1912 verschwunden war und eifrig gesucht wurde. Der damals 37 Jahre alte Anwalt stand bei seiner Flucht 8 Jahre in der Praxis. Diese ermöglichte ihm ein gutes Auskommen, er lebte aber trotzdem in großen Schulden. Seine Lebensbedürfnisse schienen gering zu sein; denn er hatte nicht einmal eine eigene Wohnung, sondern wohnte als Junggeselle in einem Zimmer neben dem Bureau, das er sich als als Schlafgemach eingerichtet hatte. Sein ganzes Einkommen aber ging, wie es damals hieß, für Rennverluste drauf. Bredereck verschwand unmittelbar nach einem Sensationsprozeß gegen den Kassenboten Haase, der der American Expreß Company 100 000 M. unterschlagen hatte. Diese Gesellschaft hatte eine Belohnung von 4000 M. ausgesetzt. Haase stellte sich 6. Juli 1912 selbst. Sein Verteidiger Bredereck veranlaßte ihn zu einem Geständnis, ging dann zur American Expreß Company und teilte deren Geschäftsführern mit, daß er jedenfalls seinen Klienten veranlassen könne, das Versteck, in dem er das veruntreute Geld aufbewahre, anzugeben. Er fragte zugleich, ob er, wenn er das Geld wieder herbeischaffe, die ausgesetzte Belohnung erhalten werde. Die beiden Geschäftsführer erklärten sich damit einverstanden. Bredereck fuhr daraufhin wieder zum Untersuchungsgefängnis, ließ sich zu Haase führen, zu dem auf seinen besonderen Wunsch inzwischen niemand hereingelassen worden war, wandte sich nach der zweiten Rücksprache mit dem Defraudanten an den Untersuchungsrichter und teilte ihm jetzt das Geständnis Haases und das Versteck des Geldes mit, nachdem er ihm vorher erklärt hatte, er müsse weg, um einen wichtigen Termin wahrzunehmen. Nach diesen Vorgängen grub die Kriminalpolizei im Beisein des Untersuchungsrichters und des Rechtsanwalts Bredereck das Geld auf dem Tempelhofer Felde aus, eine eiserne Kassette mit 85 000 M. und einen Wachsleinewandbeutel mit 9000 M. Am nächsten Tage erhielt Bredereck die 4000 M. Belohnung ausgezahlt. Er war sich wohl selber darüber nicht klar, daß ihm das Geld nicht zukomme, und stellte deshalb der Mutter Haases zunächst 200 M. und dann später auf mehrere Veröffentlichungen hin auch den Rest zur Verfügung, nachdem er sie erst als Honorar beansprucht hatte. Bei der Erörterung dieser Dinge kam auch an den Tag, daß die finanzielle Lage Brederecks sehr schlecht war. Bei der Anwaltskammer wurde ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht. Eines Tages war Bredereck spurlos verschwunden. Man forschte vergeblich nach ihm, bis jetzt die hiesige Kriminalpolizei dahinter kam, daß er wieder in Berlin sei. Sie ging seinen früheren Verbindungen nach und ermittelte, daß er unter falschem Namen mit einem hiesigen Anwalt Geschäftsverbindungen angeknüpft hatte. So kam sie ihm auf die Spur und nahm ihn jetzt fest.

Arbeiter-Bildungsschule.

Anfang dieses Monats haben die Unterrichts- und Sonntagskurse des ersten Vierteljahres 1916 in der Schule ihren Abschluß gefunden. Der Bezirks-Bildungsausschuß, dem die Schule unterstellt ist, hat beschlossen, für das zweite Vierteljahr von der Festsetzung von Kursen abzusehen. Es ist das ein Beschluß, der nur ausnahmsweise für die Kriegszeit Geltung hat, denn in normalen Zeiten wird der Lehrplan der Schule auch im zweiten Jahresquartal durchgeführt. Die Kriegszeit aber hat es mit sich gebracht, daß in die Schar der Hörer durch Einberufungen immer größere Lücken gerissen werden. An die Zurückbleibenden aber stellen die Notwendigkeit der Erwerbsarbeit und die Schwierigkeiten der Lebenshaltung sehr hohe Anforderungen, so daß für die geistige Ausbildung und für kulturelle Bedürfnisse nur sehr wenig Zeit und Mittel übrig bleiben. Außerdem lockt die schöne Jahreszeit in den wenigen Mußestunden ins Freie. Sobald wir erst wieder geordnete Friedensverhältnisse haben, wird der Lehrplan der Schule zum Nutzen der Berliner Arbeiterschaft auch wieder in vollem Umfange durchgeführt werden. Der Bezirks-Bildungsausschuß behält sich vor, auch in diesem Vierteljahr seiner Aufgabe in der Schule durch Einzelvorträge und Einzelveranstaltungen gerecht zu werden.

Den Schulbestimmungen gemäß soll den Hörern der Kurse der letzten beiden Vierteljahre Gelegenheit gegeben werden, sich über den Unterricht und die sonstigen Leistungen der Schule auszusprechen. Zu diesem Zweck wird für Dienstag, den 18. April, abends 8½ Uhr, im Hörsaal der Schule eine Hörerversammlung einberufen, zu der die Lehrer und Teilnehmer der Kurse und Sonntagsveranstaltungen vom 1. Oktober 1915 bis 1. April 1916 hiermit eingeladen werden.

Ein schwerer Baumfrevel ist in Neukölln verübt worden. Zwischen der Treptower und Roseggerstraße sind 16 Akazien, schöne Bäume, die 4—5 Jahre stehen, durch Betriebe so stark beschädigt worden, daß sie größtenteils eingehen müssen. Der Magistrat von Neukölln hat auf die Ermittlung des Frevlers eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt.

Das Opfer eines Streites ist der 41 Jahre alte Arbeiter Otto Bischoff aus der Stralsunder Str. 49 geworden. Der Mann kam Sonntagnachmittag in eine Schankwirtschaft in der Bernauer Straße. Dort belästigte er einen unbekannten Gast, der sich dieses verbat und dem Störenfried eine Ohrfeige in Aussicht stellte. Statt dessen sprang ihm Bischoff an die Kehle. Im Verlauf des nun folgenden Streits zog sich Bischoff eine blutende Wunde am Hinterkopf zu und fiel zu Boden. Nachdem er sich anscheinend wieder erholt hatte, taumelte er nach Hause. Am Montagabend fand man ihn in seiner Stube tot daliegen. Er war hilflos an einer Gehirnerschütterung gestorben.

Ein falscher Oberleutnant sucht hiesige Eisenwarenhandlungen auf. Er bestellt unter verschiedenen Vorspiegelungen größere Mengen Taschenmesser, Rasiermesser usw., um für sich etwas herauszuschlagen und läßt dann nichts mehr von sich hören. Der Schwindler nennt sich Oberleutnant Ottendorf und gab bisher als Wohnung Hornstr. 7 an. Dort hat niemals ein Oberleutnant Ottendorf noch sonst ein Mann dieses Namens gewohnt. Zu seiner bürgerlichen hellen Kleidung trägt der falsche Oberleutnant mehrere Ordensbänder, um die Geschäftsleute erst recht sicher zu machen.

In den städtischen Heimstätten Heinersdorf für schulpflichtige Kinder, Gütergotz für erholungsbedürftige Männer, auch Kriegsbeschädigte usw. und Buch für brustkranke Männer sind noch Betten frei. Im Bureau Stralauer Str. 44/45 werden Meldungen entgegengenommen.

Untersagter Handelsbetrieb. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin dem Gießereibesitzer Richard Musculus, hier, Köpenicker Straße 146, den Handel mit Metallen sowie mit sonstigen Gegenständen des Kriegsbedarfs wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt.

Großfeuer kam gestern nachmittag um 4 Uhr in der Liberdastraße in Neukölln aus noch nicht bekannter Ursache zum Ausbruch. Als die Feuerwehr an der Brandstätte ankam, stand ein Fabrikraum im vierten Stock mit dem Dachstuhl in großer Ausdehnung in Flammen. Der Neuköllner Feuerwehr gelang es, die Flammen auf den Fabrikraum und das Dach zu beschränken. Personen sollen angeblich nicht zu Schaden gekommen sein.

Vermißt wird seit dem 20. März die dreizehn Jahre alte Elli Stinner, wohnhaft Lichtenberg, Gürtelstr. 25. Das Kind ist ungefähr 1,30 Meter groß, schlank gebaut, hat dunkelblondes Haar, rundes Gesicht, frische Gesichtsfarbe, blaue Augen, Zähne vollständig bis auf einen halbabgebrochenen Vorderzahn. Bekleidet war es mit blauem Cheviotkleid, rot besetzt mit halblangen Aermeln, dunkelbraunen Strümpfen, dunkelbraunen Plüschpantoffeln, schwarzer, rotbesetzter Achselschürze, grauem Mantel und grün-grauer Wollmütze. Außerdem hatte das Kind eine lederne Markttasche bei sich. Etwaige Angaben über den Verbleib des Kindes erbittet Frau Toni Stinner an oben angegebene Adresse.

Aus den Gemeinden.

Kartoffelversorgung in Neukölln.

Während im Monat März wegen der bestehenden Frostgefahr die Kartoffelzufuhr sehr gering war und die Ansprüche der Bevölkerung infolgedessen nicht befriedigt werden konnten, hat dieselbe Anfang dieses Monats erheblich zugenommen und sich jetzt so gesteigert, daß die Unterbringung der Kartoffeln Schwierigkeiten bereitet. Es hängt dies damit zusammen, daß der Landwirt sich vor Inangriffnahme der Bestellung bemüht, die Kartoffelmieten zu räumen. Sind erst die Bestellungsarbeiten aufgenommen, ist auf weitere Kartoffelzufuhr nicht zu rechnen. Um nicht wieder bei verminderten Zufuhren eine Stockung der Kartoffelversorgung eintreten zu lassen, empfiehlt es sich, daß diejenigen Anstalten und Gewerbetreibenden, welche einen großen Kartoffelbedarf haben, diesen für die nächsten Monate schon jetzt eindecken, da in späterer Zeit ihre Anlieferung durch die Stadtgemeinde in Frage gestellt. Der Magistrat hat daher gestattet, daß Kleinhändler, Gastwirtschaften, Speiseanstalten und sonstige Anstalten schon jetzt auf die Kartoffelbezugsscheine für die späteren Zeitabschnitte Kartoffeln entnehmen können. Die Inhaber dieser Betriebe werden daher aufgefordert, sich baldigst die Kartoffelbezugsscheine für die späteren Zeitabschnitte ist, und zwar bis 18. Mai von den Brotkommissionen zu beschaffen. Auch können Kleinhändler nachträglich noch ihre Bedarfsanmeldung durch Nachtragsanmeldung ergänzen. Eine Nachtragsanmeldung nach Ablauf der zweiten Kartoffelkartenperiode ist für Kleinhändler nicht mehr möglich, da sich die Zuteilung an Kartoffeln für die Zeit vom 13. April ab nur nach Maßgabe der vorgelegten Kartoffelkartenabschnitte regelt. Es ist daher wünschenswert, daß sich jetzt alle die vorgenannten Betriebe reichlich mit Kartoffeln eindecken, um in der späteren Zeit, in der infolge des zunehmenden Umfanges der landwirtschaftlichen Arbeiten die Zufuhren selbstverständlich geringer sein werden, eine Stockung in der Kartoffelversorgung unserer Bevölkerung zu vermeiden.

Aenderungen im Lebensmittelverkauf in Nowawes.

In den Verkaufsstellen der Gemeinde wird von jetzt ab Speck zu 2,40 M., Schmalz zu 2,60 M. pro Pfund abgegeben. Kartoffeln werden nur noch gegen Vorzeigung der neueingeführten Kartoffelkarten, die von den Hauseigentümern den einzelnen Haushaltungsvorständen ausgehändigt werden müssen, in den bekanntgegebenen Geschäften verkauft. Kinder unter einem Jahre erhalten keine Kartoffelkarte. Wer noch einen Vorrat an Kartoffeln hat, muß diesen zunächst verbrauchen, wobei 10 Pfund für 10 Tage für jedes Haushaltungsmitglied als ausreichend angenommen sind.

An Stelle der abgelaufenen Lebensmittelkarten werden bis Freitag, den 14. d. Mts., „Ausweise zum Einkauf von Lebensmitteln" im Zimmer 8—9 des Rathauses von 8 bis 1 Uhr ausgegeben. Der Ausweis wird auf den Namen des Haushaltungsvorstandes unter Angabe der Wohnung und der Personenzahl des einzelnen Haushalts ausgefertigt. Aftermieter, Schlafleute usw. werden zum Haushalt des Vermieters gerechnet. Die Gewerbetreibenden dürfen die von der Gemeinde bezogenen Lebensmittel nur gegen Vorzeigung des Ausweises, der den Inhaber als Gemeindeangehörigen legitimiert und nicht übertragbar ist, abgeben. Schmalz-, Speck- und Kartoffelkarten behalten nach wie vor ihre Gültigkeit.

Städtischer Grundbesitz als Anbauland. Zur Förderung des Kartoffel- und Gemüsebaues hat der Potsdamer Magistrat den gesamten unbebauten Grundbesitz der Stadt Bewerbern gegen Erstattung einer Gebühr von 1—2 Pf. pro Quadratmeter unter der Bedingung, daß das Gelände nur für Gemüse- oder Kartoffelanbau benützt wird, überlassen. Einige Parzellen, die besonders günstig liegen, sind zu einem um ein Geringes höheren Preis verpachtet worden. Dem einzelnen Bewerber wurden bis zu 300 Quadratmeter zur Verfügung gestellt. Die Nachfrage nach städtischem Pachtland war sehr groß. Die Stadt hat auch die erforderlichen Mengen Saatkartoffeln besorgt und gibt sie zu Selbstkostenpreisen ab. Die Stadt Potsdam hofft durch ihr Beispiel andere Grundeigentümer zur pachtweisen Hergabe unbebauten Landes als Kartoffel- und Gemüseanbaufläche anzuregen, um zur Steigerung der heimischen Erzeugung beizutragen.

Steglitz zur Fraktionsspaltung.

Eine kürzlich in Steglitz abgehaltene Generalversammlung des Wahlvereins nahm nachstehende Resolution an:

Die Generalversammlung des Steglitzer Wahlvereins stimmt einmütig dem Vorgehen der Fraktionsminderheit im Reichstag am 24. März zu und bringt der durch diese gebildeten „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" vollste Sympathie entgegen.

Die somit endlich erfolgte, unvermeidlich gewesene Trennung von der Fraktionsmehrheit, welche, alle Parteigrundsätze mißachtend, durch ihre unverantwortliche Haltung gegenüber den Kriegskrediten, der U-Boot-Frage, dem Notetat usw. ..... war dringend nötig und gerechtfertigt.

Es ist daher zu fordern, daß sich der Kreis der neuen politischen Vertretung der Linken der Partei durch die übrigen Kriegskreditgegner schleunigst erweitert.

Die endgültige Entscheidung darüber, welche Konsequenzen die Partei aus den Vorgängen am 24. März zu ziehen hat, muß einzig und allein dem nächsten Parteitag als berufenen Instanz überlassen bleiben.

Soziales.

Zugluft und Betriebsunfall.

Soll ein Betriebsunfall anerkannt werden, so ist Voraussetzung, daß es sich bei dem Vorgang, bei dem der Arbeiter erkrankt, um ein zeitlich begrenztes, plötzlich eingetretenes Ereignis gehandelt hat. Dieses Ereignis muß selbstverständlich durch den Betrieb hervorgerufen oder durch die Eigenart desselben verschuldet sein. Was aber ist ein „zeitlich begrenztes, plötzlich eingetretenes Ereignis"?

Das Versicherungsamt hat den Begriff zeitlich begrenzt dahin ausgelegt, daß darunter eine zusammenhängende Arbeitsschicht bis zu einem halben Tag zu verstehen sei. Wenn z. B. im Winter jemand im Freien gearbeitet, dem Zugwind ausgesetzt ist und sich dadurch Gliedmaßen erfriert, dann liegt noch ein plötzliches Ereignis vor. Anders liegt der Fall, wenn jemand eine Woche lang die Hand einem Druck aussetzt und sich dadurch eine Entzündung bildet, dann fehlt die Plötzlichkeit, die Folgen einer derartigen Erkrankung gelten nicht als die eines Betriebsunfalles, vielmehr wird dann Gewerbekrankheit als vorliegend angenommen. Daß eine derartige Unterscheidung tatsächlich oft eine Härte darstellt, ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache. Bleierkrankungen usw. sind Schäden, die sich der Arbeiter im Beruf zugezogen hat und deren Folgen selbstverständlich von den betreffenden Industriegruppen getragen werden müßten. Aehnlich liegt es bei Erkrankungen, denen die Bauarbeiter infolge von Zugluft ausgesetzt sind. Natürlich muß dabei der strikte Nachweis des Zusammenhanges geführt werden.

Der Stukkateur L. war auf dem Neubau des Stadttheaters in Greifswald beschäftigt. Anfang Mai 1914 wurden die bisher provisorisch angebrachten Fenster auf Veranlassung des Baumeisters entfernt, trotz lebhaften Protestes der Arbeiter, die nunmehr der Zugluft ausgesetzt waren. Auch L. mußte seine Arbeiten in der Zugluft verrichten. Am 8. Mai stellte sich eine erhebliche Entzündung des linken Auges ein, L. mußte sich in eine ärztliche Behandlung begeben. Da die Erkrankung über die 13. Woche hinaus währte, Folgen erheblicher Art zurückblieben, wurde Anspruch auf Entschädigung in der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft erhoben. Es erfolgte Ablehnung. Das Oberversicherungsamt Groß-Berlin wies die Berufung, ebenso das Reichsversicherungsamt den Rekurs zurück. Der Rekurs wurde zurückgewiesen, weil es sich um die allmähliche Einwirkung ungünstiger äußerer Verhältnisse, nicht aber um die Schädigung durch ein plötzliches Ereignis gehandelt habe, mithin ein Betriebsunfall nicht in Betracht kommt.

Gerichtszeitung.

Höchstpreise.

„Frauen, die die vom Magistrat festgesetzten Höchstpreise für Milch so wenig achten, daß sie die Ueberschreitung der Höchstpreise dulden und den ihnen abverlangten zu hohen Preis bezahlen, machen sich selbst strafbar." Diese Belehrung gab gestern der Vorsitzende eines Schöffengerichts Berlin-Mitte einer Zeugin, die gegen den Milchhändler Oskar Scherwinski und Frau als Belastungszeugin auftrat.

Die Angeklagten hatten den vom Magistrat festgesetzten Höchstpreis für Milch von 30 Pf. in folgender Weise überschritten: Sie berechneten der Zeugin, die die Milch täglich durch ihr Dienstmädchen von ihnen bezog und wöchentlich bezahlte, mit 32 Pf. Als die Zeugin von anderen Frauen erfuhr, daß diese nur 30 Pf. zu bezahlen hatten, beschwerte sie sich darüber bei den Angeklagten und erhielt die Antwort, daß bei täglicher Bezahlung die Milch mit 30 Pf., bei wöchentlicher aber mit 32 Pf. berechnet werde. Frau Dr. K. erklärte nun, daß sie dann auch täglich bezahlen wolle. Nun geschah es aber, daß ihr Mädchen wiederholt keine Milch bekam und mit der Bemerkung abgespeist wurde, daß ihr dies wohl noch öfter so gehen würde; sie würde diesen Mißstand dadurch vermeiden können, wenn sie wieder zur wöchentlichen Abrechnung zum Preise von 32 Pf. zurückkehren würde. Daraufhin wurde Anzeige erstattet, und es erging gegen die beiden Angeklagten ein Strafmandat über je 100 Mark. Der Amtsanwalt hielt diese Strafe für viel zu gering, da den im Interesse unserer Ernährung getroffenen Anordnungen strikte Folge geleistet werden müsse und beantragte für beide Angeklagte je 500 Mark, zusammen also 1000 Mark Geldstrafe. Das Gericht beließ es jedoch mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten auf einschlägigem Gebiet bei der Strafe von je 100 Mark.

Mit Recht ist im Reichstag wiederholt darauf hingewiesen, daß die Strafandrohung gegen Leute, die, ohne zur Höchstpreisübertretung anzustiften, den Preis aus Not oder Unkenntnis zahlen, eine Strafanzeige und damit eine wirksame Bekämpfung der Höchstpreisübertretungen hindert.

Dem Schwurgericht überwiesen.

Einen für die Angeklagte verhängnisvollen Ausgang nahm eine Anklagesache, die die Arbeiterfrau Anna Richter gestern vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte.

Die Angeklagte stand unter der Beschuldigung, ihr eigenes, jetzt 1¾ Jahre altes Kind in grausamer, das Leben gefährdender Weise mißhandelt zu haben. Die Angeklagte ist Mutter zweier Kinder. Als sie sich wieder Mutter fühlte, wurde sie über den in Aussicht stehenden Familienzuwachs sehr unglücklich, zumal da nach ihrer Behauptung auch ihr im Felde stehender Ehemann nicht sehr erbaut über eine solche Bereicherung seines Familienglücks gewesen sein soll. Ehe noch das Kind das Licht der Welt erblickte, soll die Angeklagte nach der Aussage mehrerer Zeuginnen ihm ein baldiges Ende prophezeit und unter häßlichen Ausdrücken wiederholt erklärt haben, sie würde alles möglich darumgeben, wenn das A.. bald „krepieren" würde. Als sie dann entbunden hatte, wuchs ihr Groll gegen das kleine Menschenkind von Tag zu Tag. Ihr Haß kannte keine Grenzen mehr, als sie infolge der Selbstnährung körperliche Leiden erdulden mußte. Da sollen dann nach den Wahrnehmungen der Zeugen die argen Mißhandlungen, die ganz systematisch vorgenommen sein sollen, eingesetzt haben; sie steigerten sich bis zu einer das Leben geradezu gefährdenden Behandlung: es wurde u. a. behauptet, daß die Angeklagte das kleine Kind, wenn es sich beschmutzt hatte, einfach unter die Wasserleitung gehalten, von dem kalten Wasser habe bespülen und dann ganz nackt am offenen Fenster hingelegt habe, um es trocknen zu lassen. — Die Angeklagte bestritt lebhaft diese schweren Beschuldigungen. Das Schöffengericht hielt sie jedoch auf Grund der Zeugenaussagen und der Bekundungen des Arztes, dem es gelungen ist, das mißhandelte Kind am Leben zu erhalten, für dringend verdächtig, daß es ihr darauf angekommen sei, sich des Kindes zu entledigen. Auf Antrag des Amtsanwalts erklärte sich das Schöffengericht für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht, weil die Angeklagte des versuchten Mordes verdächtig erscheine.

Aus aller Welt.

Der praktische Landwirt.

In einem Wiener Blatt wird berichtet: In Krems ist der Höchstverkaufspreis für Butter mit 5 Kr. per Kilogramm festgesetzt. Ein Funktionär einer niederösterreichischen Bezirkshauptmannschaft fuhr dieser Tage hinaus und versuchte bei einem bekannten Meereibesitzer und Großfuhrmann Butter zu kaufen. Es wurde ihm folgende klassische Antwort zuteil: „Ich habe wohl Butter vorrätig, kann sie aber nicht verkaufen. Ich müßte die Butter um 5 Kr. per Kilogramm hergeben und das Schmieröl für meine vierzig Wagen mit 9 Kr. per Kilogramm bezahlen. Da bleibt mir eben nichts übrig, als die Wagen mit der Butter zu schmieren. . . ."

Wie muß ein Menschenmagen eine Wagenachse beneiden!

Schweres Bootsunglück auf der Havel. Unweit der Stadt Brandenburg kenterte auf der Havel infolge einer Windböe die mit 11 Personen besetzte Jacht „Hekla". Vier Insassen, zwei Frauen und zwei Männer, ertranken, die anderen konnten sich noch retten.

Ein Lustmord. In der Nähe des Truppenübungsplatzes Alten-Grabow wurde eine weibliche Leiche mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Es handelt sich um ein 13- bis 14jähriges Mädchen. Wahrscheinlich liegt ein Lustmord vor. Die Loburger Gerichtskommission und die Magdeburger Staatsanwaltschaft haben sich an den Tatort begeben. Dem Täter ist man auf der Spur.

Zum Leichenfund bei Chemnitz erfährt die „Allgem. Zeitung", daß es sich um eine etwa 20jährige Frauensperson handelt, die anscheinend dem Arbeiterstande angehört. Gewisse Anzeichen deuten auf einen Lustmord hin. Es soll auch bereits eine Verhaftung vorgenommen sein, doch liegen über die Persönlichkeit des Täters, der ein Liebesverhältnis mit der Ermordeten unterhielt, noch keine genaueren Nachrichten vor.

Brandkatastrophe in einem englischen Theater. Bei einer zugunsten verwundeter Soldaten im Stadttheater in Hereford veranstalteten Kindervorstellung brach ein Brand aus, bei dem fünf Kinder dem Feuer zum Opfer fielen. Nach einer Reutermeldung mußten weitere zwölf Kinder mit schweren Brandwunden ins Hospital geschafft werden, während eine ganze Anzahl leichtere Verletzungen erlitt.

Sturmverheerungen in Toulon. Wie die Blätter melden, verheerte ein gewaltiger Sturm Toulon und die Umgegend. Durch Hochwasser wurden beträchtliche Schäden angerichtet. Die Häuser am Flußufer und mehrere Speicher sind überschwemmt. Nur mit Hilfe von Booten gelang die Rettung der Bewohner. Zwar trat die Flut abends zurück, indessen ist die Lage noch immer sehr gefährlich.

Unterschlagungen eines Rendanten. Vor kurzem starb in Roßla (Harz) der Rendant der Fürstlich Stolberg-Roßlaischen Rentenkammerhauptkasse, Rechnungsrat Schönemann. Schon während seiner Krankheit wurden Unstimmigkeiten in der von ihm verwalteten Kasse festgestellt. Eine genaue Revision ergab jetzt die Unterschlagung bedeutender Summen. Die Veruntreuungen, die mehrere Jahre zurückreichen, sollen 40 000 M. betragen.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. Die Einlaßkarten zu den Lichtbildervorträgen am 19. April „Die südtiroler Grenzgebiete" und am 26. April „Eine Reise durch die Balkanstaaten" werden heute im Zahlabend ausgegeben.

Zweiter Wahlkreis (III. Abteilung, Friedrichstadt) Zahlabend: Mittwoch, den 12. April, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. — Zahlmorgen: Donnerstag, den 13. April, bei Krüger, Jerusalemer Straße 63.

Steglitz. Heute Mittwoch, den 12. April 1916, 8½ Uhr, gemeinsamer Zahlabend. Für den Südender Ortsteil bei Jacob, Stephanstr. 9, für alle anderen Bezirke bei Schellhase, Ahornstr. 15a.

Weißensee. Die April-Zahlabende fallen aus. An Stelle derselben findet bei Masche, Berliner Allee 251, eine Mitgliederversammlung statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Borsigwalde-Wittenau. Der heutige Zahlabend für sämtliche Bezirke findet bei B. Schulze, Schubartstr. 38, statt.

Kaulsdorf-Biesdorf. Heute abend 8½ Uhr findet der gemeinschaftliche Zahlabend in Kaulsdorf, Restaurant Hampel, Hönowerstr. 5, statt.

Ober-Schöneweide. Mittwoch, den 12. April, gemeinschaftlicher Zahlabend im Vereinshaus, Koschlitzky, Rathausstr. 10.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

A. H. 76. 1. Nein. Sie hätten nur Anspruch auf Invalidenrente, wenn Sie zu mindestens 66⅔ Proz. erwerbsbeschränkt erachtet werden. 2. Nein. — **Hedi U. 47.** Sie brauchen sich zur Kontrollversammlung nicht zu melden; Sie können aber noch eine Aufforderung zur Nachmusterung erhalten. — **H. L. 1891.** 1. Ja, wenn Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. 2. Die Anmeldung beim Standesamt können Sie selbst besorgen. — **G. W. 1880.** Sie sind der Armendirektion gegenüber verpflichtet, darüber Auskunft zu geben. — **G. F. 17.** Da der überlebende Ehegatte in kinderloser Ehe die Wirtschaftsgegenstände im voraus erbt, hatte der Schwager freies Verfügungsrecht über die Sachen. Ihr Sohn hatte kein Recht zum Verkauf der Ihnen übergebenen Sachen, die Eigentümer der Sachen können deshalb von Ihrem Sohn Schadenersatz verlangen. — **B. 74.** Die Beschwerde ist an das Militärbureau des Magistrats der Stadt Berlin, Klosterstr. 68 zu richten.

K. 52. 1. Ja. 2. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. — **B. Ch. 1.** Sie werden dagegen nichts machen können, Sie müßten event. vom Hauswirt verlangen, daß der Mieter verpflichtet wird, durch eine Unterlage unter die Nähmaschine den ruhestörenden Lärm zu beseitigen. — **W. 59.** Ihre Vorstrafen sind durch die Amnestie erloschen, Sie brauchen sie nicht anzugeben. — **A. D. 20.** Nein. — **K. L. 125.** Sie brauchen nicht zur Kontrollversammlung, müssen sich aber auf dem Polizeirevier melden. — **B. 9.** Der Antrag ist an das Ersatzbataillon des Infanterie-Regiments Nr. 64 zu stellen. Die mobile Löhnung wird gezahlt. — **J. B. 11.** Die Forderung ist verjährt und kann deshalb nicht mehr geltend gemacht werden. — **G. 100.** 1. 15 M. für die Frau und 7,50 M. für das Kind. 2. Da die Frau ihren Wohnsitz verlegt hat, kann die Gemeinde die Zahlung der kommunalen Unterstützung verweigern. 3. Der Anspruch auf Mietsunterstützung müßte bestehen bleiben, da die Wohnung dort nicht aufgegeben ist. — **Kimle.** Uns ist davon nichts bekannt. — **Hamburg 3.** Wir empfehlen Ihnen die Sammlung „Von unten auf" von Franz Diederich. Einzusehen in Arbeiterbibliotheken. — **O. R. 100.** 1. Nein. 2. Ja. — **J. H. 40.** Die Reichswochenhilfe wird Ihnen gewährt. Das Wochengeld von täglich 1 M. wird Ihnen für 8 Wochen gezahlt; von diesen 8 Wochen müssen mindestens sechs in die Zeit der Niederkunft fallen. Die Wochenhilfe kann also schon 2 Wochen vor der Niederkunft gezahlt werden. — **O. H.** Die Einziehung zum Heeresdienst kann auch durch das Kriegsbekleidungsamt erfolgen. — **M. G. 25.** Unannehmlichkeiten können Ihnen dadurch nicht entstehen, da Ihr Mann durch die Internierung in England nicht in der Lage war, rechtzeitig nach Deutschland zurückzukehren. — **A. E.** Die Bestimmungen des Ortsstatuts erstrecken sich nicht auf Ihren Sohn. — **P. K. 869.** Sie sind nicht mehr militärpflichtig. — **Emma 100.** Sie müssen einen Antrag an das Amtsgericht stellen; dazu bedürfen Sie aber der Zustimmung des Vormundes. Antrag auf Pflegegeld müssen Sie beim Armenvorsteher stellen. — **U. 87.** Mit Vollmacht des Sohnes können Sie die Unfallrente abheben. — **D. Z. 33.** Nein. — **A. K. 1884.** Da Sie sich nach dem Gesetz vom 4. September 1915 wieder gemeldet haben und als D. U. bezeichnet worden sind, brauchen Sie sich jetzt nicht zu melden. — **H. G. 82.** Sie müssen einen Paß haben, der Ihnen vom Polizeipräsidium ausgestellt wird. — **Viele.** Ja. — **W. G. 72.** Eine Altersgrenze gibt es dafür nicht, die Veranlagung der Steuer erfolgt nur nach dem Einkommen. — **P. H. 84.** Die Mutter muß den Antrag auf Zahlung der Löhnung an das Ersatzbataillon des Truppenteils richten, zu dem der Sohn eingezogen wurde. Der Antrag auf Kriegsunterstützung ist bei der zuständigen Steuerkasse einzureichen. — **Scheibe 26.** Sie sind zum Ersatz der Scheibe verpflichtet. — **E. Sch. 45.** Wenn ein Sparguthaben vorhanden ist, können Sie sich mit einem Antrag auf Auszahlung eines Teiles an das Vormundschaftsamt Berlin wenden. — **Sch. 49.** Wegen Herzleiden zurückgestellt. Es wird noch eine Nachmusterung erfolgen. — **C. B. 82.** Der Hauswirt hat das Vorpfandrecht, Sie müssen die Sachen freigeben.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zeitweise heiter, aber kühl, veränderlich, und an den meisten Orten wiederholte, im allgemeinen geringe Niederschläge.

Osterwein Santa Lucia

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
12. Abt. Bez. 736.

Am Sonntag, den 9. April, verstarb unser Genosse, der Dreher

Karl Augath
Perleberger Str. 58.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Kirchhofes in Plötzensee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.
Görlitzer Viertel, Bezirk 147.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schankwirt

Josef Nitsch
Naunynstr. 77,
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Michael-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Stralauer Viertel. Bezirk 318.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Richard Kreker
Königsberger Str. 11,
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 12. April, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofs, Friedrichsfelde, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet
213/6 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Wilhelm Schleußner
Stalitzer Str. 59a
im Alter von 55 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. April, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Friedhofes der Emmaus-Kirchengemeinde in Britz aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kistenmacher

Karl Klauser
Lichtenberg, Lückstraße 44
im Alter von 59 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. April, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Rummelsburger Friedhofes in der Lückstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
85/8 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Karl Wentzke
am 9. April im Alter von 71 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.
68/16 **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Karl Angath
(Perleberger Str. 58)
am 9. April gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 13. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Johannis-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Metallarbeiterin

Olga Fiedler
(Reinickendorf, Auguste-Viktoria-Allee 88)
am 10. April gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 13. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker

Richard Leuschner
(Grüner Weg)
am 8. April gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 13. April, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter

Valentin Winzens
(Köpenick, Aug.-Viktoria-Str. 16)
am 10. April gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 13. April, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Köpenick aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler

Otto Krause
(Grimmstr. 5)
am 5. April gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Metallarbeiterin

Anna Zander
(Ober-Schöneweide, Klarastr. 4)
am 8. April gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

115/2 **Die Ortsverwaltung.**

Am 10. April starb im Lazarett Oranienburg unser lieber Sohn und Bruder, der Grenadier

Fritz Bobeth
im Alter von 19½ Jahren.

Dieses zeigt tiefbetrübt an
Familie Paul Bobeth
Zossener Str. 30.

Die Beerdigung findet am 13. April, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Garnison-Kirchhof, Hasenheide, statt. 5795

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Sohnes

Max Weißig

sowie für die reiche Kranzspende sagen wir allen Bekannten, Freunden und Genossen, besonders den Kollegen der Firma Bernhard für die reiche Unterstützung während seiner Krankheit unseren herzlichsten Dank.
5805 **Die Hinterbliebenen.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.
Bezirk Lichtenberg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Karl Klauser
Lückstraße 44 (Gruppe 67)
im Alter von 59 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. April, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in der Lückstraße aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
12/18 **Die Bezirksleitung.**

Verband d. Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Am 8. d. Mts. verstarb nach langem Krankenlager unser Mitglied

Paul Vogt
im Alter von 51 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 12. April, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Neuköllner Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt. 27/7
Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des unseligen Weltkrieges fiel nach achtzehnmonatigen schweren Kämpfen am 28. Februar 1916 durch Kopfschuß mein innigstgeliebter Mann, mein treu sorgender Vater

Karl Gall
Inf.-Reg. 159, 9. Komp.
im 36. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz
Martha Gall geb. **Hahn** als Gattin nebst Sohn **Hans**,
Franz Gall nebst Gattin als Eltern.
Geschwister, Schwiegermutter, Schwager und Schwägerin.

Du warst unser Glück, vom Schicksal uns erkoren. Die Sonne schwand. Dein Leben ging verloren. Ein schweres Leid hat uns betroffen, so schwer, es zu ertragen kaum, all unser Glück und sehnend Hoffen ist nun dahin, als wie ein Traum. So schlummre sanft, Du heißgeliebter Gatte, Vater, im Feindesland von all den Leiden aus. Du sankest dahin, wie Rosen sinken, wenn sie in voller Blüte stehn, und heiße, bittre Tränen fließen, weil wir Dich nicht mehr wiedersehn. Ein jeder, der Dich hat gekannt und auch Dein treues Herz, der drückt uns nur noch stumm die Hand in diesem tiefsten Schmerz. Geliebter Mann! ruhe sanft in Frieden. Du meine Welt, mein Glück. Zu früh bist Du von uns geschieden und läßt uns trostlos hier zurück. Bin ich auch einsam und betrübt, so tröstet mich doch immer wieder: Was sich auf Erden treu geliebt, das findet sich im Himmel wieder.

Er war der Besten einer.
Deine trostlose Gattin nebst Sohn.
Sein einzigster Trost war nur ein Wiedersehen. 111R

Danksagung.

Allen denen, die meiner lieben Frau 125R

Emilie Butenhof

die letzte Ehre erwiesen, und für die zahlreichen Kranzspenden sage ich meinen herzlichen Dank.
Karl Buthenhof.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen

Knoblich, Wilhelmine
geb. Harenburg
am 7. April verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof der Sophien-Gemeinde, Freienwalder Straße statt.
78/18 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Karl Angath
am 9. April verstorben ist.

Die Kollegen der A. E. G. Turbinenfabrik.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Kirchhofs in Plötzensee.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unvergeßlichen Vaters

Gustav Raebel

sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders den Herren Kollegen von den Deutschen Telefonwerken, Abteilung Wilhelm, unseren besten Dank.

Frau Albertine Raebel nebst Tochter.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Metall-Einkaufs-Bureau
Grüner Weg 66, kauft alle Metalle höchstzahlend. 5075*

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.
Buchhandlung Vorwärts.

Denkt an uns! Sendet
Salem Aleikum
(Hohlmundstück)
Salem Gold
(Goldmundstück)
Zigaretten.
Willkommenste Liebesgabe!
Preis No 3½ 4 5 6 8 10
3½ 4 5 6 8 10 Pf. d. Stück.
20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!
30 Stück feldpostmäßig verpackt, 10 Pf. Porto!
Orient. Tabak- u. Cigarettenfabr. Yenidze, Dresden.
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen.
Trustfrei!

Wichtig für Herren!
Während des Krieges
gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß
im Einzelverkauf
vom grossen Fabriklager ab.
Verkaufszeit 10—8. Sonntag 12—6.
Molkenmarkt 7/8 IV, Fahrstuhl.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend
Prachtvolle Modelle (Originale)
(keine Dutzendware).
Beste Stoffe. Fescheste Formen.
Billige Preise

Entzückende Gummimäntel, mit passender Kappe in blau, grün, kastanienbraun, mode und allen neuesten Farben bis zu den weitesten Größen in Seide, Wolle, Popeline, auch imprägnierte Mäntel, Ersatz für Gummi, wunderbar leicht, 65,—, 55,—, 45,—, 38,—, 27,—, 22,—, 18,—

Vornehme Covercoatmäntel (kurz, halbl., lang), grün u. bräunl. Töne, mit u. ohne Futter, Ersatz für Maßarbeit, wunderbare glatte Formen, 70,—, 54,—, 42,—, 33,—, 25,—, 22,—, 16¾

Schwarze Seidenmäntel für Frauen u. Mädchen, Seide, Taffet, Eolienne, mit Stickerei, Prachtstücke von ersten Meistern, Modelle, Mäntel, Kleider. 125,—, 100,—, 75,—, 50,—, 35,—, 25,—, 15,—

Sonntag geöffnet 12—6 Uhr.

— Plüschmäntel — Seal- u. Seidenplüschmäntel mit Pelz 125,—, glatt 100,—, 75,—, 59,—, 36,—, Wollplüschmäntel 75,—, 55,—, 48,—, Nerzmantel mit Hermelin 800,—

— Pelzmäntel — Ulster — Astrachanmäntel 65,—, 36,—, 25,—, Fohlenmantel mit Iltis 175,—, Sealmantel m. Hermelin 950,—, Mollige Ulster 55,—, 35,—, 25,— 15,—

Flotte Kostüme, Modelle (keine Dutzendware), Kammgarn, Tuch, Taffet, weiche, fließende Seide, Phantasiestoffe, bis zu den weitesten Größen, auch Backfisch- und jugendliche Kostüme, 150, 120, 95, 75, 53, 42, 35, 25, 18, Modell-Röcke, Taffet 27, 20, in Wolle 15.

Herrengummimäntel, auch für Offiziere u. Mannschaften 55,—, 42,—, 36,—, 28,—, 20,—
Loden-Kostüme 42,—, 27,—, Lodenmäntel 27,—, 18,—, Staubmäntel 25,—, 15,—
Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung.
Stärkste Figuren finden Passendes in allen Abteilungen.

Extra-Abteilung. — Großes Trauer-Magazin
I. Geschäft: Mohrenstr. 37a (Kolonnaden.)
Westmann
II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 113 (nahe Andreasstr.)

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham, Hamb. Messina- u. Römertrank-Kell. C. 25 Bartelstr. 3a, Fernsp. Kgst. 12709

Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln, Anzengruberstr. 22.
Diana-Bad Koppenstr. 92, sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 8.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditoreien
Fr. Friedrich, Eisenbahnstr. 21.
A. Großkinsky, Boxhagenerst. 37.
Oskar Hanke's Brotbäckerei, 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow. Gegründet 1882.
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 14.
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
G. Meier, Grünerweg 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.
Turban, Filialen in allen Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 16
Zachan, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 65a
Paul Zastrow, Stromstr. 32.

Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 64.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166

Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Fritz Badewerst, 8a

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel, 25 eigene Filialen.
August Holtz, 16 Detail-Geschäfte.
Herm. Kunert, Culmstr. 39
Gebrüder Manns, 48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Schröter, R., 43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram

Bierbrauerei, Bierhandlg.
Brauerei Bötzow empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.
Osw. Berliner, Ur-Berliner, hell und dunkel
Brauerei Königstadt, feinste Qualitätsbiere.
C. Habels Brauerei, hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus, Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Spandauerberg-Brauerei
Weissbier, C. Breithaupt, Pallisadenstr. 27 Tel. Kgst. 2031, 2032

Cigarrenfabriken
JUHL, 250 Geschäfte
J. Neumann, 200 Niederlagen

Essigfabriken
Timner-Essig überall erhältlich!

Cacao, Schokolade, Confitüren
SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt.

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Röhmann, P., Müllerst. 40b, E. Soest

Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck, Inh.: Herm. Gerbach, Charlottenburg, Berlinerst. 58-60, Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 21
Otto Kongel, Alte Jacobstr. 26.
Loebke, Joh., Rostockerstraße 43. Fleisch- u. Wurstfabr.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46
Vester, E., Kottbuser-Damm 18/19

Herren- u. Knabengard.
J. Baer, Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Fablisch & Co., Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr
Laske & Slupecki, Schönh.-Allee 73a

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Franz Richter, Malplaquetstr. 36/38

Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe., Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen. Nur reelle Qualitäten
Anerkannt vorteilhafte Bezugsquelle Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc. Hamburger Kaffee-Importgeschäft Emil Tengelmann

Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Neukölln, Weichselstraße 44. Neukölln, Elbestr. 11, Kaiser-Friedr.-Str. 44, Wasserstr. 183, Friedelstr. 33, Treptow, Grätz-Straße 64.
Gaege, Otto, Charlottenburg.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 42.
F. W. Sichter, Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.

Kurz-, Woll-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 11.

Photogr. Apparate
M. Albrecht, SO. Kottbuserstr. 1. auch Gelegenheitskf.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 18, Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen, Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nkllm. Bergstr. 148

Schreibwaren
O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 41

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling, 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges., ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg Boonekamp, SEMPER IDEM, anerkannt bester Bitterlikör

Meierei C. Bolle A.-G.
Berlin N.W. 21, Alt Moabit 98/103
Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

Molkereien
„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 45. u Tel. II 2535.

Versicherungen
„Deutschland" Berlin, Arbeiterversicherung — Sterbekassenversicherg. Schützenstraße 3.

Wirtschaften, Etablissem.
Hackepeter, Schöneberg, Hauptstr. 139.
O. Rohloff, Ullerst. 1, Brauerei Königstadt
Original-Schultheiß-Ausschank, Alexanderpl., Rich. Schloßsalon

Mahlsdorf
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

Mariendorf
H. Wagner, Kaiserstr. 11, Fleisch.-Wurstw.

Spandau
Scheuerlein, Breitest. 35, Fleisch.-Wurstw.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.